

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

6. JAHRGANG · AUSGABE 12 · 2001 VOM 7. DEZEMBER 2001 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO (1,96 DM)

3 | **Ein Gewerbegebiet  
mit Flugplatz**

Flugverkehr soll bleiben wie er ist

5 | **Konflikte sind  
nur friedlich lösbar**

Stadtverordnete gegen den Krieg

14 | **Kampf um Europa?**

Der Euro und der Afghanistankrieg

Stadtumbau:

## 1.500 Wohnungen in Eberswalde vor dem Abriß

**Eberswalde (ma/bbp).** Auf ihrer letzten Sitzung im Jahr 2001 beraten die Eberswalder Stadtverordneten am 12. Dezember u.a. ein Konzept zum Stadtumbau. In Arbeitsgruppen und anderen Zirkeln wird darüber bereits seit längerem diskutiert. Die breitere Öffentlichkeit erfuhr wenig davon.

Dabei sollen in den nächsten Jahren allein 1.100 Plattenbauwohnungen in Eberswalde der Abrißbirne zum Opfer fallen. Hinzu kommen noch 400 Altbauwohnungen. Hintergrund für die in Aussicht genommene Reduzierung des Wohnungsbestandes ist die seit 1989 andauernde Entvölkerung Eberswaldes. Infolge Abwanderung und Geburtenrückgang reduzierte sich die Zahl der Eberswalderinnen und Eberswalder bis heute um mehr als 10.000. Das sind rund 20 Prozent der damals über 54.000 Einwohner.

Am stärksten betroffen ist das größte Neubaugebiet Eberswaldes. Im Max-Reimann-Wohnkomplex, heute Brandenburgisches Viertel, lebten 1989 noch mehr als 16.000 Menschen. 1993 waren es nur noch 13.800, derzeit sind es ca. 9.500 und die Prognose für 2010 geht von etwa 7.600 Einwohner aus, während pessimistischere Annahmen mit einer Stabilisierung bei 5.000 bis 6.000 Einwohnern rechnen

Die Stadt wie auch die Wohnungsgesellschaften waren in den letzten Jahren nicht untätig. Neben umfangreichen Wohnungssanierungen realisierten sie zahlreiche wohnumfeldverbessernde Maßnahmen, wie z.B. die Gestaltung von Parkanlagen (siehe Foto). Mittels Wohnungszusammenlegungen und anderen Grundrißänderungen oder dem Einbau von Fahrstühlen versuchen die Gesellschaften mit Erfolg, attraktiveren Wohnraum aus den DDR-Standard-Wohnungen zu schaffen. Ein



eher abschreckendes Beispiel bot dagegen die Duske-Gruppe mit ihren Null-Acht-Fuffzehn-Sanierungen. Mit der Folge, daß vierzig Prozent der Wohnungen dieser Gesellschaft leer stehen. Daraus resultierende finanzielle Schwierigkeiten konnten nur durch die Unterstützung der städtischen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) abgefangen werden.

Mehr über die zur Auswahl stehenden Möglichkeiten beim Stadtumbau in Eberswalde erfahren Sie im zweiten Teil der Betrachtung von Michael Ahlers, »Im Osten geht die Birne um« (Seite 8/9).

*Schon wieder steht Weihnachten vor der Tür*

*Schon wieder beginnt ein neues Jahr*

*Und Deutschland ist im Krieg*

*Schon wieder*

*Frohe Weihnachten wünschen wir*

*Und ein glückliches neues Jahr*

*Frohe Weihnachten wünschen wir*

*Und ein friedliches neues Jahr*

*Für alle Menschen dieser Welt*

*Gebt dem Frieden eine Chance!*

### **LIEDER & TEXTE FÜR DEN FRIEDEN**

Das Bündnis für den Frieden Eberswalde und der AStA der FH Eberswalde laden ein:

Sonnabend, 08.12.2001, ab 18.30 Uhr  
in der Aula der Fachhochschule Eberswalde

#### **Programm:**

ab 18.30 Uhr Podiumsdiskussion zum Thema:  
DEUTSCHLAND IM KRIEG - WER BEDROHT UNS?  
[Globalisierung, Terror, Weltweite Kriegseinsätze:  
Eine Entwicklung ohne Alternative?]  
Moderation Hartwin Schulz

ab 20.00 Uhr Konzertveranstaltung mit Rezitationen:  
THOMAS PUTENSEN [Greifswald]  
[Info: <http://www.thomasputensen.de/>]

EINTRITT FREI! [um Spenden wird gebeten!]  
Kontakt: Volker Passoke 03334/288141 und  
Christian Rehmer 03334/380162

## Was Taubstumme merken

Nun haben sie es endlich geschafft. Die Deutsche Bundesrepublik steht wieder im Krieg. Nach sechsundfünfzig friedlichen Jahren dürfen die deutschen Soldaten wieder auf Menschen schießen. Unbegrenzt und weltweit. Ungestüm drängelten uns die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in den Krieg um Afghanistan. Die Christlichen, die Sozialdemokratischen und die Grünen, Männer und Frauen, alte und junge, dicke und dünne. Bis auf die wenigen Sozialistischen waren alle bedingungslos dafür.

Der angerichtete Schaden ist unabsehbar. Schon bei einer oberflächlichen Auswertung der Diskussion kommt einem das Grausen. Mit welcher Verlogenheit da argumentiert wird, läßt einem das schlimmste befürchten. Jeder Taubstumme merkt die Unaufrichtigkeit der Redner und Argumente. Die Heuchelei quillt aus jedem Knopfloch. Man kann sie direkt sehen. Sollen sie doch selbst nach Afghanistan gehen, die lieben Abgeordneten. Damit sie wissen, worüber sie reden und abstimmen.

Wer vergessen hat, was Kriege alles anrichten, könnte mit offenen Augen durch unser Land gehen, ein Buch vornehmen oder einen Film ansehen oder auch nur seinen Verstand und sein Gewissen benutzen. Es reichte auch eine kurze Erinnerung an die Geschehnisse, denen die Damen und Herren ihren Job verdanken. Im Herbst 1989 standen sich in beiden deutschen Staaten zwei hochgerüstete deutsche Armeen und noch einmal soviel Besatzungssoldaten gegenüber. Bei der Übergabe der DDR fiel trotzdem kein Schuß. Kein Menschenleben wurde für die Ideologie geopfert. Obwohl sehr viele Waffenträger die Möglichkeit gehabt hätten, auf den jeweiligen Klassenfeind zu schießen. 1989 wurde anschaulich bewiesen, daß auch die größten Konflikte friedlich lösbar sind. Sehr viele Menschen haben damals ihren Verstand benutzt und die Lehren aus der Geschichte gezogen. Soviel verlangen ich auch von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

In diesem Zusammenhang gebührt den Autoren der Barnimer Bürgerpost ein besonderes Lob. Wie man unschwer an den Artikeln zum Krieg erkennen kann, leisten sich unsere Autoren ihre eigene Meinung, machen sich die Mühe und schreiben sie auf und stehen mit ihrem Namen und ihrem Geld öffentlich dafür ein.

Die eigene Meinung ist ein sehr hohes Gut an sich. Wir wollen sie pflegen und auch weiterhin die organisatorische Grundlage dafür bereitstellen.

Denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF,  
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

## Alleenschützer aktiv gegen Tausalz-Einsatz

Einer der Schwerpunkte der Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleenschützer ist der pflegliche Umgang mit Bäumen. In diesem Zusammenhang bereiten das »Pökeln« der Straßen mit Tausalz und der Einsatz unqualifizierter »Pflegefirmen« (manche Baumschnitte sollte man eher als Hinrichtung bezeichnen) besondere Sorge.

Eben ist ein Faltblatt mit Argumenten gegen die derzeitige Tausalzpraxis erschienen, das eine Protestpostkarte an den Landesverkehrsminister enthält. Wer diese Karte abschieken oder das Faltblatt sogar in größerer Stückzahl verteilen möchte, wende sich bitte an den Verkehrsclub Deutschland (VCD, Rudolf-Breitscheid-Str. 201, 14482 Potsdam, Fon 0331/7405271 mit AB, Fax 7405273).

Tausalz schädigt nicht nur Pflanzen, sondern wirkt auch »ätzend« auf Menschen, Autos (Elektronik, Karosserie), Straßen, Gebäude, Böden, Grundwasser, Schuhwerk...

Zudem muß bezweifelt werden, ob hoher Tausalzeinsatz pauschal der Verkehrssicherheit dient. Der TÜV Rheinland warnt beispielsweise davor, daß Salzbeläge in Bremssystemen den Bremsweg verdoppeln können.

»Wir haben nur rationale Argumente im Faltblatt aufgelistet«, sagt Frieder Monzer, Sprecher der Schutzgemeinschaft und Landesgeschäftsführer des VCD, »aber in Gesprächen erlebe ich auch immer wieder den simplen Wunsch, der Winter möge einfach weiß und nicht matschig sein. Bei den üblichen Brandenburger Schneesverhältnissen dürften meistens Kehrraschinen reichen, um eine Eisbildung zu verhindern. In Finnland oder Österreich ist es gebietsweise üblich, Schnee einfach plattzuwalzen und auf entsprechende Kenntnisse der Autofahrer zu vertrauen. In Deutschland heißt es dagegen bei vielen Unfällen, das Wetter hätte Schuld gehabt. Sozusagen unser Kompromißangebot ist der Salzeinsatz auf Hauptstraßen bei plötzlicher Eisglätte, in den letzten Jahren gab es solche Situationen aber nur an drei bis sieben Tagen pro Saison.«

Die Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleenschützer verfügt über Fachleute, die bundesweit führend an der Tausalzdiskussion beteiligt sind.

FRIEDER MONZER, Geschäftsführer  
VCD-Landesverband Brandenburg

## Kurdische Familie im Barnim vor Abschiebung

**Eberswalde (bbp).** Noch vor Weihnachten muß eine im Kreis Barnim lebende kurdische Familie mit ihrer Abschiebung rechnen. Das Gericht wies mit Datum 14.11. den Asylantrag der Familie endgültig ab. Packt die Familie nicht binnen eines Monats freiwillig die Koffer, ist die zuständige Ausländerbehörde des Landkreises verpflichtet, die Abschiebung in die Wege zu leiten.

Der Beigeordnete Thomas Engel erklärte im Kreistag auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: »Wir unterstehen hier der Fachaufsicht des Innenministeriums. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe, einem Handeln auf Weisung. Ein Einfluß des Kreistages ist hier nicht gegeben.«

## Wem gehört der Pavillonplatz?

**Eberswalde (bbp).** Auf diese Frage der Stadtverordneten Uta Behr (CDU) antwortete jüngst der Beigeordnete Lutz Landmann: »Etwa 75 % der Grundstücke sind Stadteigentum.« Die übrigen Grundstücke gehörten privaten Eigentümern, deren »Verkaufsbereitschaft in allen Fällen« vorliege, »jedoch überwiegend zu nicht akzeptablen Kaufpreisvorstellungen«. Derzeit würden sie auf die Absicht einer einheitlichen Bebauung mit einem Verwaltungs- und Geschäftshaus hingewiesen. Zugleich werde verdeutlicht, »daß eine andere Art und Weise der Nutzung nicht möglich ist, d.h. die Grundstücke einzeln nicht vermarktable sind und daher um die Akzeptanz eines auch sanierungsrechtlich genehmigungsfähigen Preises gebeten wird«.

Die vom bündnisgrünen Sprecher Karl-Dietrich Laffin um Stellungnahme gebetene Ausländerbeauftragte des Landkreises Marieta Böttger konnte die Aussage des Beigeordneten nur bestätigen. Die Kinder der seit 1995 in Deutschland lebenden Familie gehen in Eberswalde zur Schule. Bündnis 90/Grüne vermuten deshalb einen Härtefall, der eine Aussetzung der Abschiebung rechtfertigen würde. Darüber hinaus bestünden berechtigte Zweifel, ergänzte Karl-Dietrich Laffin, ob das Bundesamt bei seiner Ablehnung des Asylbegehrens tatsächlich alle Faktoren berücksichtigt habe. Marieta Böttger verwies darauf, daß für Entscheidungen über die Anwendung der Härtefallregelung im Landtag entschieden werde.

## 45 Millionen auf der Kante

**Barnim (bbp).** Seit 1997 erwirtschaftete der Kreis trotz anderslautenden Planungen regelmäßig Überschüsse. Die Allgemeine Rücklage erhöhte sich von 8,7 Millionen Mark (31.12.1997) auf 22,8 Millionen Mark (31.12.2000). Hinzu kommen die zweckgebundene Deponierücklage (18,2 Millionen Mark) und die Sonderrücklage Abfallwirtschaft (3,9 Millionen Mark). Insgesamt verfügte der Landkreis per 31.12.2000 über Rücklagen in Höhe von 44,9 Millionen Mark (23,0 Millionen Euro). Auch wenn der gerade beschlossene Nachtragshaushalt für 2001 eine Rücklagenentnahme vorsieht, rechnet die Opposition anhand der Erfahrungen der Vorjahre auch im laufenden Jahr mit einem Rücklagenwachstum. (Seite 7)

## Ein Gewerbegebiet mit Flugplatz

von Gerd Markmann

Die lang angestrebte Privatisierung des Finower Flugplatzes ist mal wieder gelungen. Dabei soll sich das Brandstetter-Desaster nicht wiederholen, heißt es. Zumal die Technischen Werke Eberswalde (TWE) u.a. wegen des verlorenen Flugplatzdarlehens inzwischen selbst vor erheblichen finanziellen Schwierigkeiten stehen (vgl. BBP 10 u. 11/2001).

Am 15. November genehmigten die Eberswalder Stadtverordneten den Verkauf der Tower Finow GmbH samt den von dieser städtischen Gesellschaft gehaltenen Flugrechten an die neu gegründete Wirtschafts- und Verkehrszentrum GmbH & Co. KG (WWZ) für 25.000 Euro – das entspricht dem Nennwert des gezeichneten Stammkapitals. Zwar übersteigt der Wert des mitgelieferten Inventars den Kaufpreis, doch angesichts der jährlichen Verluste von 70 bis 80.000 Euro kommt die Stadt ganz gut weg, wenn sie im Unterschied zum Brandstetter-Deal überhaupt Geld sieht.

Bürgermeister Reinhard Schulz jedenfalls kann sich auf die Schulter klopfen. Und mit ihm all jene, die trotz aller Widrigkeiten an dem Projekt »Entwicklung des Flugplatzes Finow« festhielten. Sie haben für dieses Projekt alles getan, was in ihrer Macht stand. Und sind darüber hinaus einen Kostenfaktor los. Zumindest vorübergehend.

Doch auch die Streiter der Bürgerinitiative gegen den Flugplatzausbau haben allen Grund, sich zufrieden zurückzulehnen. Denn eines dürfte klar sein – mit der WWZ wird es vielleicht alles mögliche geben, nur nicht die angedrohte Entwicklung des Finower Flugplatzes zum regionalen Flughafens. An diesem Ziel halten die neuen Eigentümer doch nur noch formal fest, um nicht auf ein zusätzliches Werbeargument bei der Vermarktung der Gewerbegrundstücke zu verzichten.

Für die nächsten fünf Jahre zumindest gibt es bei den neuen Gesellschaftern wenig Ambitionen, den Flugbetrieb wesentlich über das gegenwärtige Niveau hinaus zu entwickeln. Im Vordergrund steht die Immobilienvermarktung. Entgegen Befürchtungen von Mitgliedern der Flugplatzbürgerinitiative verfügen die neuen Gesellschafter dafür durchaus über die notwendige fachliche Kompetenz. So engagierte sich beispielsweise die Immobilienmaklerin Uta Behr sehr aktiv für die Flugplatz-Übernahme. Vermutlich gehört sie auch zu den neun Gesellschaftern. Namentlich genannt wurden inzwischen der WWZ-Geschäftsführer Reinhard Otto, ein Bauingenieur aus Fredersdorf bei Strausberg, Kranbau-Geschäftsführer Reinhard Wolk, der Alleingesellschafter der Finower Rohrleitungs- und Apparatebau GmbH Hans Mohrmann, der in Finow ein Chartergeschäft betreibende Henning Lueg von der Aero Berlin Fluggesellschaft sowie der Inhaber eines Eberswalder Baupla-



nungsbüros Uwe Grohs. Außerdem ist von einem Unternehmer aus Aachen die Rede. Immobilienhändler, Bauingenieure, Unternehmensberater – die Entwicklung eines Gewerbe- und Industriegebietes ist ihnen zuzutrauen.

Fraglich bleibt allerdings, ob das neue Gewerbegebiet auf dem Finower Flugplatz tatsächlich auch im Interesse der Stadt Eberswalde und der Region ist. Im Grunde gibt es schon jetzt viel zu viele nichtvermarktete Gewerbeflächen. Eine vorausschauende Ansiedlungspolitik müßte eigentlich auf eine Konzentration und Verknappung der Gewerbeflächen orientieren. Stattdessen verstärkt man die sowieso vorhandene Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Gewerbegebieten der Stadt und der Region, in die die öffentliche Hand seit 1990 Fördermittel in dreistelliger Millionenhöhe investierte.

Doch wirtschaftliche Erwägungen standen seit jeher nicht im Mittelpunkt der Entscheidungen um den Flugplatz Finow. Es ging und geht um eine politische Prestigefrage. Bürgermeister Reinhard Schulz benannte die Flugplatzentwicklung seit Anfang 1996 als eines seiner politischen Hauptziele. Für die Mehrheit der Stadtverordneten, die ihm darin folgte und Ende 1996 leichtfertig die 3,25 Millionen Mark an den damaligen »Flugplatzentwickler« Josef Brandstetter vergab, bedeutet das Festhalten am Flugplatzprojekt eine nachträgliche moralische Entlastung von ihrer Schuld am Verlust der TWE-Gelder. So müssen sie sich und der Öffentlichkeit nicht ihre Fehler von damals eingestehen. Wohl deshalb halten sie auch im neuen Vertrag an einer Option fest, einen 26prozentigen Anteil an der Flugplatzbetreibergesellschaft zurückzuerwerben. Selbst im Falle einer Pleite der neuen Gesellschaft, wollen sie den Traum vom Flughafen nicht aufgeben und durch einen Wiedereinstieg als Gesellschafter die Aufrechterhaltung der Flugbetriebsrechte gewährleisten.

Nun, immerhin zeugt es von gewissem Realitätssinn, daß der Vertrag eine solche Pleitenvariante schon von vornherein vorsieht.

## Der letzte Versuch

In Eberswalde abheben? Wenn es nur ums Abheben ginge, wäre vermutlich alles ziemlich einfach. Im Augenblick arbeitet die Stadt Eberswalde noch immer daran, die Hinterlassenschaften eines Absturzes zu beseitigen.

Abgestürzt war das Projekt den Flugplatz Finow in einer Gesellschaft zu betreiben und zu entwickeln, in der sie Juniorpartner war und eigentlich nur als Sprungbrett in die Verwaltungshierarchien und, was heute fast selbstverständlich ist, als Geldgeber fungieren sollte. Diese Konstruktion ist gründlich gescheitert. Flugplatzentwickler weg und Geld weg.

In aller Eile hatte die Stadtverordnetenversammlung danach die Bildung einer zu 100 Prozent in städtischer Hand befindlichen GmbH beschlossen, die den Betrieb auf dem Flugplatz fortführen sollte. Sie hatte weder den Auftrag den Flugplatz weiter zu entwickeln, noch sollte diese Konstellation für die Ewigkeit sein. Darum gab es auch eine zeitliche Begrenzung bis zum 31. Dezember. Sollte bis dahin kein neuer Betreiber gefunden sein, so der Wille der Stadtverordneten, wäre die Gesellschaft zu liquidieren und am Rande von Eberswalde und Finowfurt wäre eine nur mit großem Aufwand zu sichernde Wüste entstanden.

In der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung am 15. November stand nun der Verkauf der Gesellschafteranteile der Tower Finow GmbH, so der wohlklingende Name für die städtische Flugplatzgesellschaft, endgültig zur Debatte. Eine Gruppe von Unternehmern aus der Region hat sich der Herausforderung gestellt, in einer Region, wo vieles in der Wirtschaft weggebrochen ist, einen Flugplatz als privates Unternehmen zu betreiben.

Der Ansatz dieser Unternehmensgruppe, fünf Jahre lang diese Unternehmung finanziell auszustatten und in diesem Zeitraum durch Gewerbeansiedlung und Flugplatzentwicklung eine sich selbst tragende Gesellschaft zu schaffen, könnte der Weg sein. Diese Gruppe geht dabei ein unternehmerisches Risiko ein, von dem keiner sagen kann, ob es belohnt wird. Aber nicht zu wissen, ob etwas geht, ist eben etwas anderes, als zu wissen, daß etwas nicht geht. Was aber alle wissen können und wissen sollten: Der jetzige Versuch, den Flugplatz Finow in Eberswalde zu erhalten, ist garantiert der letzte.

Deshalb verschließt sich die PDS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde nicht dem Ansinnen, die Befristung der städtischen Gesellschaft aufzuheben. Allerdings ausschließlich unter der Voraussetzung, daß der jetzt anstehende Verkauf der Gesellschafteranteile erfolgreich ist.

WOLFGANG SACHSE (aus »Offene Worte«)

NaturFreunde Brandenburg:

## Dieser Krieg ist keine Antwort auf neue Fragen!

**Potsdam (bbp).** Der Landesverband Brandenburg der NaturFreunde kritisiert den halbherzigen Beschluß des Bundeskongresses zum Krieg in Afghanistan. »Wir Brandenburger NaturFreunde sehen uns auch in der Tradition des aktiven Pazifismus und lehnen generell militärische Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele oder zur Konfliktlösung ab«, heißt es in einem Beschluß des Landesvorstandes. »Vielmehr setzen wir uns für eine umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung der Gesellschaft ein.«

Der Krieg in Afghanistan mache die Untauglichkeit von Bombardements für die Bekämpfung des Terrorismus deutlich. Der Bombenkrieg habe nicht zur Ergreifung der Täter geführt oder die vermutlich hinter ihnen stehende Organisation zerschlagen, »sondern zum Tod hunderter oder tausendender Menschen, zur Zerstörung ihrer Siedlungen und zu einem unbeschreiblichen Elend von Millionen von Flüchtlingen.«

Die »uneingeschränkte Solidarität« von Kanzler Schröder erinnere an die fatale »Nibelungentreue« Deutschlands zu Österreich beim Ausbruch des 1. Weltkrieges. Die Verknüpfung der Vertrauensfrage mit der Zustimmung zur Kriegsbeteiligung »bedeutet zugleich eine Aushöhlung des im Grundgesetz garantierten Rechtes der Abgeordneten, nur ihrem Gewissen zu folgen«. Zugleich instrumentalisiere Innenminister Schily das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, indem er sog. Sicherheitspakete schnürt, die zu Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten führen.

»Besonders schmerzlich empfinden wir es, daß unser Bundesvorsitzender Michael Müller als einflußreicher Abgeordneter der SPD nicht gegen den Krieg Stellung bezieht! Seine immer wieder eindrucksvoll vorgetragene Kritik an der desaströsen globalen kapitalistischen Entwicklung mit all seinen Folgen der Umwelt- und Naturzerstörung und des Massenelends auf der Welt stellt sich letzten Endes als Verbalradikalität bloß, wenn er sich für die kriegerische Solidarität mit der Vormacht des Weltkapitalismus stark macht und eine Art der Terrorbekämpfung befürwortet, die nur zu einer weiteren Spirale der Gewalt führen kann.«

Noch im Jugoslawien-Krieg habe die Bundesführung eine klare Antikriegs-Haltung demonstriert. Der Positionswandel führe zur Unruhe an der Basis. Eine Regionalgruppe diskutiere bereits, keine Mitgliedsbeiträge mehr an die Bundesorganisation zu überweisen. Der Brandenburger Landesvorstand fordert den Bundesvorstand auf, umgehend die Diskussion über Pazifismus und Krieg, über Ursachen des Terrorismus und ihre Überwindung sowie über Abrüstung und Abschaffung der Wehrpflicht zu organisieren.

## Das Gewissen darf niemals ruhen

Wozu Menschen fähig sind, wissen wir Deutschen der älteren Generation am besten. Unsere Vergangenheit ist deshalb nicht nur Mahnung und Verpflichtung für uns, sondern für alle Völker und für alle Zeit.

Einer grauenvollen Erfahrung hat der 11. September von New York ein neues schreckliches Kapitel hinzugefügt. Fassungslos und tiefe Verachtung erfaßte die Mitglieder unserer Partei. Nur ganz eiskalte abgebrühte Menschen, bar jeglicher Vernunft, könnten derartige Ereignisse vielleicht noch bekommen »wie eine Badekur«. Humanisten, Pazifisten und ehrliche Christen lassen sie erschauern.

Die PDS hat angesichts dieser unmenschlichen Taten ihr Mitgefühl bekundet und Terrorismus als Extremwert der jüngsten Weltentwicklung verabscheut und verurteilt. Allzu Nachdenklichen und Zweiflern machten diese Ereignisse einmal mehr mit aller Deutlichkeit aufmerksam auf die Dialektik der Weltentwicklung, die vor allem von Ursache und Wirkung lebt.

Eine trockene Geschichtslektion vermeidend, wollen wir ein Bild sprechen lassen: Ein geschniegelter Herr steht an einer Kreuzung der 94. Avenue New Yorks, an seiner eleganten Limousine, die Zigarre im Mundwinkel, lässig unter dem Arm geklemmt die »New York Times«. Die gleißende Sonne wirft seinen überdimensionalen Schatten auf ein Häuflein Mensch mit einer ausgestreckten, bettelnden Hand... Kann man Hunger und Elend nicht besiegen – wird man die Terroristen nicht kriegen.

Wenn man nach dem New Yorker Inferno, ausgelöst von entmenschten Verbrechern die Opfer bedauert, muß man nicht automatisch ein erklärter Freund weder von »Uncle Sam« noch von »American way of life« sein. Viele meiner Generation ohnehin nicht. Die Erinnerung an die Kapuzenmänner mit den brennenden Kreuzen, an McCarthy, an den »Ausschuß zur Bekämpfung unamerikanischen Verhaltens« und an Dr. Martin Luther King ist noch nicht verblichen. Auch die unrühmliche Rolle der USA als Globalstrategie und ihr Unwesen als Weltgendarm sind nicht einfach so zu verdrängen. Und wenn dann noch das Gespräch auf die furchtbaren B52-Terrorbombardements in Vietnam kommt, auf die Kugelbomben und die Entlaubungsaktion der Wälder, kann das auch heute niemanden kalt lassen und es ist nicht verwunderlich wenn jetzt Analogien erkannt werden.

Die Welt hat sich verändert und die Bundesrepublik ist von der Veränderung nicht ausgenommen – wir haben einen Rückschlag erlitten. Noch nie war eine Bundesregierung so weit vom Volkswillen entfernt, wie die gegenwärtige. Vortrefflich beschreibt ein Song von Udo Lindenberg die Situation: »Guten Tag, ich heiße Schmidt und ich mache alles mit... Ganz egal wohin es geht, es wird ständig mitmarschiert. woher der Wind auch weht, wenn er bloß den Anschluß nicht verliert...«

Junge Deutsche werden wieder in Marsch gesetzt, sollen gegen fremde Völker ziehen – doch der überwiegende Teil unseres Volkes ist dagegen. Und es ist noch etwas anderes nicht zu übersehen, das uns mit Genugtuung und Hoffnung erfüllt. Die Partei des Demokratischen Sozialismus hat die Gewissensfrage menschlich beantwortet, indem sie Krieg und Kriegsbeteiligung ablehnt.

Wenn jüngere Menschen, vor allem der Schülergeneration, in der Chronik des 20. Jahrhunderts blättern, so erkennen sie bald, daß ihr eigenes Volk erschreckend schlecht wegkommt, wenn es um den Umgang mit einer der elementarsten Fragen der Menschheit, der Frage von Krieg und Frieden geht. Besonders wird ihnen das »Marschieren« auffallen und es soll wieder »marschiert« werden.

Bilder von furchtbaren Greueln konnten Schüler kürzlich auch in einer kleinen, aber sehr beeindruckenden Ausstellung betrachten. An der Peripherie der heranwachsenden Landesgartenschau, in den Restgebäuden der ehemaligen Außenstelle des Frauen-KZ Ravensbrück, zeigte die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung die Ausstellung: »Das, was man Leben nannte«.

Die von der Autorin Gerda Szepansky gezeigten Bilder, Dokumente und Gedichte aus dem Alltag im Frauen-KZ gewährten einen winzigen Einblick in ein erschütterndes Kapitel deutscher Geschichte.

Die Titelzeile der Ausstellung ist dem Gedicht einer jungen Frau entlehnt, die von 1942-1945 im Lager Ravensbrück gequält und geschändet wurde. Sie läßt in den Versen ihrem Herzen freien Lauf, wenn sie schreibt: »... was wir wollen ist wenig, doch viel, einmal noch Menschen als Menschen loben...«

Obwohl wir dieses Kapitel der deutschen Geschichte recht gut kennen, waren wir bei der Besichtigung der Ausstellung dennoch zutiefst berührt.

DIETER KEMPFERT, Dipl.-Gewi./Jahrg. 1937

### Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

Montag bis Freitag, 8 bis 18 Uhr

Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,  
16225 Eberswalde, Eisenbahnstraße 20, Tel. 03334/22498

## Konflikte friedlich lösen

**Eberswalde (bbp).** Im Namen des »Eberswalder Bündnis für den Frieden« wandte sich Martin Appel in der StVV-Einwohnerfragestunde am 22. November mit der Bitte an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, die Sorge vieler Eberswalderinnen und Eberswalder über die den Frieden gefährdende Entwicklung der letzten Wochen zur Kenntnis zu nehmen und ihr Ausdruck zu verleihen. Bereits vor der StVV hatte Martin Appel dem StVV-Vorsitzenden Rainer Kriewald den Text einer Erklärung übergeben. Er bat die Stadtverordneten, diese zu beraten und zu verabschieden. Der StVV-Vorsitzende antwortete hingegen, daß jeder Stadtverordnete für sich die bei ihm vorliegende Erklärung unterschreiben könne. Sie »ausführlich hier zu behandeln«, sei »nicht unsere Sache«.

Vierzehn der vierzig Stadtverordneten schlossen sich der Erklärung an: Rainer Kriewald (SPD), Maria Kausch, Inge Simon, Hannelore Saupe, Fred Spenner, Ingo Rätz, Wolfgang Sachse, Rolf Richter, Albrecht Triller, Hans Pieper, Kai Jahns (alle PDS), Dorothea Martin, Prof. Johannes Creutziger (beide Bündnis 90/Grüne) und Dr. Klaus Westendorff (Hospitant bei der Fraktion Bündnis 90/Grüne):

*Den unterzeichnenden Stadtverordneten von Eberswalde ist bewußt, daß die erste Bedingung für die gedeihliche Entwicklung der Kommunen die Erhaltung des Friedens ist. Daher können wir zu den bedrohlichen Ereignissen, die zu kriegerischen Auseinandersetzungen und zur Verwicklung unseres Landes in diese geführt haben, nicht schweigen.*

*Wir sind der Ansicht, daß menschenfeindliche Terroranschläge wie die vom 11. September 2001 zu verurteilen sind und daß die dafür Verantwortlichen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht mit rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt und bestraft werden müssen.*

*Wir haben jedoch Zweifel, daß die beabsichtigten Militärinterventionen gegen mehrere Staaten und Völker, verbunden mit massiven Luftangriffen auch gegen Wohngebiete und mit den dadurch hervorgerufenen Fluchtbewegungen der unbeteiligten Zivilbevölkerung, geeignete Mittel sind, um Terror zu bekämpfen und Sicherheit wiederherzustellen. Die Fortsetzung solcher Militäroperationen wie gegenwärtig in Afghanistan und besonders ihre Ausdehnung auf weitere Länder wird selbst zu weiterer Gefährdung von Frieden und Sicherheit führen*

*und Maßnahmen zur friedlichen Entwicklung armer Länder eher behindern.*

*Eingedenk auch der Tatsache, daß deutsche Politiker maßgeblich am Ausbruch zweier zerstörerischer Weltkriege beteiligt waren, bitten wir alle heute für die deutsche Politik Verantwortung Tragenden, als erstes Ziel deutscher Außenpolitik nicht die Beteiligung an Militäreinsätzen, sondern friedliche Konfliktverhütung und Konfliktlösung anzusehen. Deutschland sollte nicht zur Ausweitung des gegenwärtigen Krieges, sondern zu seiner raschen Beendigung und zu humanitärer Hilfe für die von Krieg und Not Betroffenen beitragen.*

*Die derzeitigen Weltkonflikte sind weder durch einfache Formeln wie »Gut und Böse« zu erklären, noch gibt es für sie einfache Lösungen – schon gar nicht durch Gewalt, Rache und Vergeltung. Wir appellieren daher an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, dem Entstehen neuer Feindbilder Widerstand entgegenzusetzen und einen aktiven Beitrag zum friedlichen, gleichberechtigten Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in der eigenen Stadt wie auf dem gesamten, allen Menschen gemeinsamen Planeten zu leisten.*

## Anfrage zur Rasterfahndung

**Eberswalde (bbp).** Der PDS-Stadtverordnete Rolf Richter nutzte die Abgeordnetenfragestunde der StVV-Sitzung am 15. November, um sich nach Einzelheiten zur Übermittlung von Personendaten durch die Eberswalder Stadtverwaltung anlässlich der Rasterfahndung nach Al-Quaida-Terroristen zu erkundigen. Rund 3.500 Personen mit Wohnsitz in Eberswalde wurden von der Rasterfahndung erfaßt. Das sind nach Richters Schätzungen rund ein Viertel der männlichen Bevölkerung Eberswaldes zwischen 18 und 50 Jahren. Der Stadtverordnete vermutet daher eine sehr extensive Auslegung durch die Stadtverwaltung und bat um nähere Erläuterungen. Außerdem wollte er wissen, ob die Stadt ähnlich wie die Potsdamer Universität beabsichtigt, die betroffenen Bürger über die Weitergabe der persönlichen Daten zu informieren, und ob die Stadt nach

Ende der Rasterfahndung Informationen über die Löschung der Datensätze erhalte. Schließlich fragte Rolf Richter nach den finanziellen, personellen und sächlichen Aufwendungen, die der Stadt durch die Datenweitergabe entstanden sind. Die Beantwortung der Fragen soll schriftlich erfolgen.

Bereits auf der Oktobersitzung der StVV hatte der Beigeordnete Uwe Birk sich auf die Aussage zurückgezogen, daß es sich um eine Pflichtaufgabe (Erfüllung nach Weisung/Einwohnermeldegesetz, Polizeigesetz des Landes) handle. Das Eberswalder Amtsgericht habe beschlossen, wie und welche Daten mitzuteilen seien. Die Datensicherheit liege in der Verantwortung des Landes. Im übrigen sei das Thema »Rasterfahndung« bereits in den 70er Jahren im Zusammenhang mit dem RAF-Terror ausgiebig diskutiert worden.

## Wesentlich restriktiver

**Neuruppin (inforiot/eis).** »Seit den Terroranschlägen gehen wir wesentlich restriktiver bei der Vergabe von Urlaubsscheinen an Asylbewerber vor«, teilt Gisela Welder, Mitarbeiterin der Ausländerbehörde Ostprignitz-Ruppin mit. Auch ihre Behörde versuche sich an der Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit zu beteiligen: »Wir müssen überwachen, wo sich die Asylbewerber aufhalten«, so Welder. Nach einer Mitteilung aus dem Brandenburger Innenministerium seien die Urlaubsscheine – nur mit Genehmigung dürfen Asylbewerber den ihnen zuteilten Landkreis verlassen – zwar nicht gestrichen, werden jedoch »seltener vergeben«. Freimütig räumt Welder ein: »Das dient der Kontrolle der Asylbewerber.«

Bettina Cain, stellvertretende Sprecherin des Landes-Innenministeriums, bestätigt die Existenz des auslösenden Schreibens: »Wir haben nach den Anschlägen einen Rundbrief an alle Ausländerbehörden geschickt, der an die bestehende gesetzliche Lage erinnert.« Nach § 58 Asylverfahrensgesetz seien die Scheine grundsätzlich sowieso nur in Ausnahmefällen zu vergeben: »Mit der veränderten sicherheitspolitischen Situation, auch hier in Europa, wollten wir daran noch einmal erinnern.« Über die Auswirkungen des Schreibens auf die Arbeit anderer Brandenburger Ausländerbehörden ist nichts bekannt.

Den Zusammenhang zwischen in ihrem Landkreis gefangen gehaltenen AsylbewerberInnen in Brandenburg und der weltweiten politischen Lage konnten weder Welder noch Cain erklären. Immerhin schreibt der Landes-Verfassungsschutz in seinem aktuellen Jahresbericht: »Vertreter islamistischer Organisationen sind in Brandenburg bisher nicht hervorgetreten.«



**Kurt Kretschmann** hielt auf Einladung des Asta der FH Eberswalde und des Alnus e.V. am 19. November in der Aula der Eberswalder Fachhochschule einen Vortrag über die Entwicklung des Naturschutzes in der DDR. Mehr als 70 meist jugendliche Zuhörer lauschten den Worten des Nestors des DDR-Naturschutzes. Ein ausführlicher Bericht über die Veranstaltung ist für die Januar-Ausgabe der Barnimer Bürgerpost geplant.

## Lokale Agenda 21

**Eberswalde (bbp).** Als verantwortlicher Bearbeiter für die Lokale Agenda 21 ist seitens der Stadtverwaltung der Referent des Bürgermeisters Robby Segebarth (Tel. 03334/64112) benannt worden. Damit reagierte die Stadtverwaltung auf eine Kritik von Reimer Loose, die er im Oktober anlässlich der StVV-Einwohnerfragestunde vortrug (BBP 11/2001). Bisher beschäftigte sich Segebarth als Geschäftsführer der Tower Finow GmbH mit dem Flugplatz Finow. Durch den jetzt beschlossenen Verkauf der Gesellschaft kann er sich ab Anfang 2002 neuen Aufgaben widmen.

Der Verein Lokale Agenda 21 Eberswalde zog eine positive Bilanz seiner Tätigkeit im Jahr 2001. Obwohl nicht alle gesteckten Ziele erreicht wurden, »können wir einige von uns erfolgreich durchgeführte Aktivitäten aufzählen: Zukunftswerkstatt am 23. Februar, Aktion Grüner Daumen, Durchführung des Runden Tisches – Perspektive 2015 am 24. September, Projektarbeiten (z.B. Bau einer Kräuterspirale in der Goethe-Realschule), Gestaltung und Durchführung des Kinderforums in der Fachhochschule am 8. September sowie die Arbeit in unseren Arbeitsgruppen.«

Die nächsten Arbeitsgruppenberatungen finden am 12. Dezember, 18.30 Uhr in der Alten Forstakademie (AG Ressourcen) und am 13. Dezember, 18 Uhr, in der Fachhochschule, Bereich Landschaftsnutzung, Raum 316 (AG Leitbild) statt. Um zu gewährleisten, daß alle Arbeitsgruppentreffen immer am gleichen Ort stattfinden können, hat der Verein vom Schulamt einen Raum in der Schule in der Puschkinstraße zur ständigen Nutzung erhalten. Ab Januar werden alle Arbeitsgruppenberatungen dort durchgeführt. Angesichts der positiven Ergebnisse des Erfahrungsaustausches in der Waldschule, wird es am 23. Januar 2002, um 17.30 Uhr, ein neues gemeinsames Treffen unter dem Thema »Wir unterwandern das Rathaus« geben. Ort: Ratskeller Eberswalde. Die nächste Mitgliederversammlung wird am 20. März 2002 stattfinden. (Seite 9)

## ZWA im Internet

**Eberswalde (bbp).** Der Zweckverband für Wasserver- und Abwasserentsorgung (ZWA) präsentiert sich seit kurzem in Kooperation mit dem Landkreis Barnim auf einer gemeinsamen Plattform mit anderen Zweckverbänden im Internet ([www.zwa-ebw.barnim.de](http://www.zwa-ebw.barnim.de)). Die ZWA-Homepage beinhaltet Informationen zur Struktur, zu Satzungen, Gebühren und Investitionen des ZWA Eberswalde. Unter der Rubrik »Formulare« können Anträge direkt am Computer ausgefüllt werden. Der Nutzer muß sie nur noch ausdrucken und mit der rechtsverbindlichen Unterschrift versehen per Post an den ZWA schicken. Für auftretende Fragen sind die Telefonnummern des zuständigen Bearbeiters auf den Formularen bzw. in der Rubrik »Service« vermerkt.

## Überraschungsei präsentiert

**Eberswalde (bbp).** Mit ihren Entscheidungen zum Flugplatz präsentierte die Stadtverordnetenversammlung am 15. November das erwartete „Überraschungsei“ (BBP 11/2001). Erst am 9. November, eine Woche nach der Tagesordnung, bekamen die Stadtverordneten die Vorlagen nachgereicht. Allerdings fehlte das wichtigste. Den Vertragsentwurf zum Verkauf der Tower Finow GmbH, um den es bei der Entscheidung ging, konnten die Abgeordneten drei Tage vor der StVV-Sitzung im Büro der Stadtverordnetenversammlung einsehen.

Außer dem Stadtverordneten Albrecht Triller (PDS) störte sich niemand an der kurzen Frist. SPD-Fraktionschef Peter Kikow wandte sich gar gegen den „Mißbrauch des Begriffs Tischvorlage“, schließlich seien die letzten Änderungsblätter „schon am Dienstag per Kurier ausgefahren“ worden, immerhin zwei Tage vor der StVV-Sitzung. Triller fürchtete wegen des „künstlich erzeugten Termindruckes“, daß die Stadtverordneten nicht zu sachgerechter Entscheidung in der Lage seien. Zu seinem Antrag, die Entscheidungen zum Flugplatz von der Tagesordnung zu nehmen, berief StVV-Vorsitzender Rainer Kriewald, die Stadtverordneten könnten sagen, wenn sie sich nicht in der Lage fühlten, zu entscheiden. Es gab keinen, der sich nicht in der Lage fühlte.

In der Einwohnerfragestunde hatten zuvor mehrere Einwohner auf die Brisanz der Entscheidung hingewiesen.

Regelungen zur Unterbindung des Nachtfluges fanden, so der Geschäftsführer der Tower Finow GmbH Robby Segebarth, trotz der eindeutigen Erklärung der StVV vom Februar 2000 keine Aufnahme in den Vertrag. Segebarth beschwichtigte die Forderung des Bürgers Malz nach solchen Beschränkungen. Im letzten Jahr habe es nur 48 Starts und Landungen in der Nacht gegeben. Was Nachtflug unter Bedingungen eines „Regionalflughafens“ bedeutet, ließ er offen.

Auch zu detaillierten Fragen mehrerer Einwohner zum Konzept der Erwerber und zum Umfang der geplanten Investitionen sowie der Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze blieb die Antwort sehr pauschal. Segebarth nannte drei allgemeine Ziele, die mit dem Vertrag vereinbart würden: 1. die Aufrechterhaltung der Flugrechte in den nächsten fünf Jahren; 2. die Entwicklung des Flugplatzes gemäß Luftverkehrskonzept des Landes zum Regionalflughafen; 3. Ansiedlung von Industrie und Gewerbe. Nähere Einzelheiten dazu fehlen im Vertrag offenbar. Der Aufsichtsrat der Tower Finow GmbH habe sich „mit den Konzepten der Bewerber eingehend auseinandergesetzt“, versicherte Segebarth.

„Ich verstehe die Frage nicht“, erklärte Segebarth gegenüber Frau Dr. Martens, die sich auf § 40 der Luftverkehrszulassungsordnung bezog, wo es zum „Antrag auf Erteilung der

Genehmigung“ heißt, daß der Antragsteller seine „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nachweisen und eine Beschreibung der geplanten Anlagen und Betriebseinrichtungen sowie der geplanten Flug- und Flughafenbetriebsabwicklung“ vorzulegen habe. Auch solche Aussagen fehlen im Vertrag offenbar. Sogar die Zusammensetzung der Erwerbergruppe blieb bis zuletzt geheim. Selbst für die meisten Stadtverordneten. Die entsprechende Bürgerfrage jedenfalls blieb unbeantwortet. Aus der Presse war nach der StVV zu erfahren, daß wesentlicher Teil des Konzeptes die Entwicklung eines Gewerbegebietes wäre. Die frühere Beschränkung auf „luftfahrtaffines“ Gewerbe ist nun nicht mehr Bedingung.

Einwohnerfragen zum Baubegrenzungsreich und Lärmschutz spielten für die Entscheidung der Abgeordneten keine Rolle. „Die Bürger in der Märkischen Heide wußten, daß ihre Grundstücke neben dem Flugplatz liegen. Trotzdem haben sie ihre Häuser erworben und mit Verweis auf die Flugplatznähe womöglich sogar Preisnachlässe durchsetzen können“, machte sich der Beigeordnete Uwe Birk Luft. Die konkrete Einwohnerfrage, auf die er reagierte, spielte beim Statement des Beigeordneten überhaupt keine Rolle. Darin ging es um neu geplante Eigenheimstandorte an der Tramer Chaussee, die direkt an der Einflugschneise zum Flugplatz liegen.

Der Einwohner Thomas Gilles mußte sich erstmal eine Belehrung des StVV-Vorsitzers gefallen lassen, als er sich zur Fragestunde meldete. Seine Fragen auf der letzten StVV zum aktuellen Stand der staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Bürgermeister Reinhard Schulz hätten „die Grenze zur persönlichen Beleidigung gestreift“, mahnte Rainer Kriewald. Als Gilles nach entsprechenden Äußerungen von Segebarth und des Stadtverordneten Ingo Rätz deren fachliche Kompetenz anzweifelte bzw. sich über die Unkenntnis zu selbstbeschlossenen Satzungen wunderte, wurde er vom Vorsitzenden prompt ermahnt: „Sie können sich gerne Ihren Teil denken. Es gehört sich aber nicht, das hier zu sagen.“

Doch gab es zur Einwohnerfragestunde nicht nur kritische Fragen und Bedenken. Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes Uwe Kleber nutzte die Gelegenheit, um den Flugplatz als Chance für Eberswalde darzustellen, ohne jedoch ins Detail zu gehen. Er begrüßte den Vertrag mit den Investoren, versicherte die Stadtverordneten seines Glaubens an die Seriosität der Investoren und der Stadt. Für ihn gebe es keinen Grund für Zweifel.

Für viele andere sind Zweifel jedoch weiterhin angebracht. „Solange nicht reiner Tisch mit der Flugplatzaffäre gemacht ist und neue Entscheidungen unter bewußt erzeugtem Zeitdruck gefällt werden sowie das Licht der Öffentlichkeit gescheut wird“, sagte ein Mitglied der Flugplatzbürgerinitiative, „sind Zweifel er-

## Sternstunden der parlamentarischen Arbeit

Eberswalde (bbp). Am 22. November debatierte die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung über den Haushalt 2002. Normalerweise liefern sich die Vertreter der verschiedenen Parteien aus diesem Anlaß Redeschlachten, in denen jeder nachweisen will, daß seine Politik die bessere ist. Nicht so in Eberswalde.

„Gibt es grundsätzliche Fragen“ fragte der Vorsitzende Kriewald? „Dann kommen wir gleich zu den Statements der Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Herrn Naumann“.

Zuvor hatte **Bürgermeister Reinhard Schulz** seine Bilanz verkündet: Ein erfolgreiches Jahr, parteiübergreifende Arbeit, keine Hochburg der Rechten, Stadt besser als ihr Ruf, erste Koordinierungsstelle im Land für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit, Verdichtung der Innenstadt, Altstadtsanierung, Eigenheimbau, gute Straßen, acht Millionen für Kitas und Schulen in den letzten beiden Jahren, Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung – das waren die Stichworte seines Berichts. Die genannten Zahlen an Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Obdachlosen und gleichzeitigem Wohnungsleerstand verblissen vor dem Hintergrund des Fortschritts. Auch der Blick in die Zukunft ist optimistisch. Was mit der LAGA und insgesamt 136 Mio Mark Investitionen auf den Weg gebracht wurde, war die richtige Entscheidung zur rechten Zeit am rechten Ort und wird Impulse geben für die weitere Entwicklung der Stadt. Tourismus am Finowkanal, der Hafen (der noch 6-7 Jahre braucht, um rentabel zu werden) sowie die Entscheidung zum Flugplatz Finow verbessern die Rahmenbedingungen zum Vorteil der wirtschaftlichen Entwicklung weiter. Sagte Bürgermeister Schulz.

Dem konnte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Peter Kikow** von der SPD nur noch zustimmen. Trotz sinkenden Haushaltsvolumen und der Kosten für die Landesgartenschau seien die Mittel für die Wirtschaftsförderung aufgestockt worden. Der zum großen Teil „prachtvoll sanierte“ Altstadt kern, der Park am Weidendamm, der Zoo und die anderen, bereits vom Bürgermeister aufgezählten Erfolge machen ihn stolz. Kikow schätzt sich glücklich, daß die SPD-Fraktion an dieser Entwicklung einen nicht unbedeutenden Anteil nehmen konnte. „Einige Bürger tun so, als würde die StVV nur Fehlentscheidungen treffen“, sagte Kikow mit Blick auf die Eberswalder Bürgerbewegungen. Sie sollten doch endlich auch die Fortschritte der Entwicklung sehen. Man müsse nun 'mal das Gesamtwohl zum Maßstab nehmen und sei daher gezwungen, auch schmerzliche Entscheidungen für Teile der Bevölkerung zu treffen. Es mögen auch Fehler gemacht worden sein, aber daraus würde man lernen. Ohne Risikobereitschaft ginge es nicht.

Für die FDP erklärte **Dr. Siegfried Adler**, er wolle nicht wiederholen, was Herr Kikow schon gesagt habe. Darüber hinaus plädierte er für einen schnellen Stadt-Umlandvertrag.

Wie ihre Vorredner dankte die Fraktionsvorsitzende **Dorothea Martin** (Bündnis 90/Die Grünen) der Verwaltung für den guten Haushaltsplanentwurf. Der Haushalt zeige, daß alle den Willen zum Sparen haben. Die Kommunen würden immer ärmer. Weitere Strukturveränderungen in der Verwaltung seien notwendig, aber mit Arbeitszeitmodellen sollten Entlassungen vermieden werden.

Der fraktionslose Stadtverordnete **Ingo Naumann** beschränkte sich ganz auf den Dank an die Verwaltung.

Die CDU-Fraktionsvorsitzende **Uta Behr** lobte den „denkwürdigen Tag“. Den fraktionsübergreifenden Antrag zur Wirtschaftsförderung sieht sie als „Weg in die Zukunft“. Dabei müsse klar sein, daß die Stadt nur mit einem ausgeglichenen Haushalt auch agieren könne. Mit der Umverteilung der Mittel zugunsten sozialer Leistungen könne man nicht mehr als die Wunden lecken. Demgegenüber sorgten heutige Investitionen für künftige Arbeitsplätze. „Dann wird vieles, was wir heute noch an sozialen Wunden zu heilen haben, nicht mehr nötig sein.“

Zum Schluß, aber nur wegen der Sitzordnung sprach **Hans Pieper** für die PDS. Seine oppositionelle Kritik beschränkte sich auf die höheren Ebenen. Politische Entscheidungen in Kreis, Land und Bund höhlichten die kommunale Selbstverwaltung aus und schränken die Rolle der Stadt bei der Grundversorgung der Einwohner ein. „Umso bemerkenswerter, daß trotzdem der Sanierungsplan für Schulen und Kita weitgehend umgesetzt“ werde. In der Stadt seien keine Einsparpotentiale mehr vorhanden. Deshalb müsse man versuchen, die Einnahmeseite zu stärken, z.B. indem auf Grundlage abzuschließender Stadt-Umlandverträge das Umland für die „Vorhalteleistungen“ der Stadt bezahlt. Wegen der unzureichenden Finanzausstattung durch Land und Bund, erklärte Hans Pieper, lehne die PDS-Fraktion den Haushalt mehrheitlich ab.

Am Ende gab es nur vier Nein-Stimmen der Stadtverordneten Richter, Triller, Rätz und Spenner sowie fünf Enthaltungen seitens Kausch, Simon, Saupe, Sachse und Pieper (alle PDS). Das dürfte das beste Abstimmungsergebnis in Eberswalde gewesen sein, das es je zu einem Haushalt gab.

## CDU/SPD lehnen Senkung der Kreisumlage ab

**Barnim (bbp).** Während das Haushaltsvolumen der Stadt Eberswalde seit Jahren rückläufig ist, kann der Kreishaushalt auch im nächsten Jahr wieder mit einer Erhöhung um 1,2 Prozent rechnen. Einen nicht unbedeutenden Anteil daran haben die um 4,9 Prozent (ca. 1,8 Mio Euro) steigenden Einnahmen aus der Kreisumlage. Der Anteil der Kreisumlage am gesamten Verwaltungshaushalt erhöhte sich bereits von 23 Prozent (1998) auf rund 27 Prozent (2000).

Die Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2002/2003 beschneiden den Kommunen des Landkreises Barnim niedrigere Investitionspauschalen um netto 1,6 Mio Euro. Die stattdessen erhöhten Schlüsselzuweisungen wiederum wirken sich auf die Bemessungsgrundlage der Kreisumlage aus.

Angesichts des ausgeglichenen Kreishaushaltes hatte die PDS-Fraktion deshalb vorgeschlagen, die Kreisumlage um einen Prozent-

punkt von 38,83 auf 37,83 Prozent zu senken. Die geplante Kreisumlage würde sich damit absolut um 1.007.000 Euro auf etwa 38 Mio Euro verringern. Der Kreishaushalt sei in der Lage, die Mindereinnahme aus vorhandenen Mitteln (Rücklage) und auf der Grundlage der wahrscheinlich geringeren Entnahme aus der Rücklage im Haushaltsjahr 2001 zu kompensieren. Den Städten und Gemeinden dagegen stünden 2/3 des Verlustes an Investitionsmitteln wieder zur Verfügung, die für gemeindliche Schwerpunktaufgaben eingesetzt werden könnten.

SPD-Redner Uwe Ebert verdeutlichte, was seine Fraktion unter der vom Landrat anläßlich seiner Wiederwahl eingeforderten Sachlichkeit versteht. Er erging sich in Beschimpfungen, nannte die PDS-Änderungsanträge »populistisch und oberflächlich«, ohne in der Lage zu sein, sich tatsächlich inhaltlich damit

auseinanderzusetzen. So mußte schließlich der Landrat eingreifen, um auch sachliche Argumente zu Gehör zu bringen. Der PDS-Antrag zur Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze wurde schließlich auf Vorschlag des Landrates in den Wirtschaftsausschuß verwiesen, um die Erfahrungen der Vergangenheit mit ähnlichen Förderversuchen entsprechend zu berücksichtigen. Alle anderen Haushaltsanträge der Opposition wurden mit der Stimmenmehrheit der CDU/SPD-Koalition abgelehnt.

Neben der Kreisumlagenabsenkung ging es dabei um Investitionen für das Gymnasium Wandlitz, die Schaffung einer Planstelle Fördermittelmanagement/Fördermittelakquise sowie um die Erarbeitung von Projekten, mit denen der zunehmend gegenläufigen Entwicklung der berlinnahen und berlinfernen Regionen des Landkreises Barnim entgegengewirkt werden sollte.

# Im Osten geht die Birne um

von Michael Ahlers

**Mit der Birne ist natürlich nicht Helmut Kohl gemeint. Vielmehr handelt es sich um eine andere Abrißbirne, die in der ostdeutschen Städtebaupolitik der Zukunft keine unwesentliche Rolle spielen dürfte. Im folgenden der zweite Teil des Beitrages.**

Der wohl wichtigste Schritt zur Lösung der anstehenden Probleme scheint mentaler Natur. Wenn in unserer auf Wachstum fixierten Gesellschaft plötzlich Schrumpfungprozesse zu bewältigen sind, dann tun sich viele Verantwortliche schwer damit. In Eberswalde kommt hinzu, daß man nach 1989 mit einem starken Bevölkerungswachstum rechnete. Von bis zu 100.000 zukünftigen Einwohnern war die Rede. Dementsprechend wurden zahlreiche Infrastrukturmaßnahmen begonnen. Die Wende euphorie ist verflogen. Die Arbeitslosigkeit stagniert weiter auf sehr hohem Niveau, die Abwanderung verstärkt sich den letzten Jahren wieder, trotz sinkender Masse.

Die Stadt Eberswalde versucht in den letzten Jahren, den Problemen, die durch den Bevölkerungsrückgang erwachsen, zu begegnen. Zunächst wurde ein Arbeitskreis Politik-Verwaltung-Wohnungsunternehmen gebildet, der ein **Wohnungspolitisches Konzept** erarbeitet. Dieser Arbeitskreis hat mittlerweile konkrete Vorschläge in den Bereichen Abbruch und Rückbau von Wohnungen, Förderung der Eigentumsbildung und stadtteilbezogene Ziele und Maßnahmen erarbeitet. Unter anderem ist der Abriß bzw. der Rückbau von zunächst 1.500 Wohnungen bis zum Jahr 2010 geplant, überwiegend sind Plattenbauten betroffen. Im nächsten Jahr soll mit der Erarbeitung eines Stadtumbaukonzeptes begonnen werden. Beide Konzepte werden vom MSWV gefördert.

## Forderungen an den Stadtumbau

1. Die kommunalen Handlungskonzepte zum Stadtumbau müssen sichern, daß die städtische Innenentwicklung und die Entwicklung der Stadtteilzentren gefördert wird.
2. Die Zersiedelung der Landschaft und die damit einhergehende Auflösung der Siedlungsstrukturen muß gestoppt werden. Die entsprechenden Förderinstrumente müssen dafür umstrukturiert werden. Die Nutzung von Brachflächen, Konversionsflächen, Lücken des Gebäudebestands muß auch in der öffentlichen Förderung Priorität haben, wenn es den städtebaulichen Entwicklungszielen entspricht.
3. Der notwendige Rückbau und Abriß muß zur sozialen Stabilisierung gefährdeter Stadtteile führen. Der Stadtumbau ist mit einer qualitativen Aufwertung des Wohnumfeldes zu verbinden.
4. Rückbaumaßnahmen müssen zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Wohnungsunternehmen führen, sie dürfen nicht die Belastung einzelner Unternehmen bewirken.
5. Der Stadtumbau muß ein demokratischer Prozess sein, in dem Bürgerschaft, Politik und Wirtschaft eng zusammenarbeiten.

## Die städtische Wohnungsgesellschaft

Die Wohnungs- und Hausverwaltungs-GmbH Eberswalde (WHG) ist als 100-prozentiges Tochterunternehmen der Stadt Eberswalde mit einem Bestand von derzeit 7.120 Wohnungen das größte Wohnungsunternehmen am Ort, 1989 hatte man noch ca. 13.000 Wohnungen im Bestand. 1993 war das Unternehmen

mit etwa 120 Mio DM Altschulden belastet. Die Bedingung des Altschuldenhilfegesetzes (AHG), wonach zur Teilentschuldung bis zum Stichtag 31.12.99 mindestens 15 Prozent des Wohnungsbestandes zu privatisieren war, hat die WHG erst ab 1997 in Angriff genommen.

Nach der Erfüllung dieser Voraussetzung, wurden die Schulden der WHG halbiert. Für den Geschäftsführer der WHG Wiegand ist es bis heute nicht nachvollziehbar, warum die Wohnungswirtschaft Ostdeutschlands im Zuge des Einigungsprozesses nicht entschuldigt wurde. Die Last tragen aus seiner Sicht die Mieter. Neben rein gebäudewirtschaftlichen Aufgaben hat die WHG entsprechend der Kommunalverfassung auch eine soziale Funktion zu erfüllen, die Belastungen verursachen und z.B. höhere Mietschulden mit sich bringen.

Die Leerstandsquote des Gebäudebestands beträgt 15 Prozent, der Bestand in der Innenstadt steht zu 38 Prozent leer. In sanierten Gebäuden liegt die Quote bei drei Prozent. Etwa 55 Prozent des Gebäudebestands der WHG sind sanierungsbedürftig.

Die Probleme des Ostens zeigen sich am deutlichsten, wenn man die Verhältnisse vor Ort analysiert und sie den Thesenpapieren zum Thema Stadtumbau gegenüberstellt. So heißt es z.B. in einem Papier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: „Für die Vermietung (...) von Wohnungen wird künftig neben der Lage des Objektes und der Stadtteilwertigkeit, vermehrt die Qualität, d. h. die Ausstattung der Wohnung ausschlaggebend sein. Je unattraktiver die Lage ist, desto besser muß die Wohnungsqualität sein. Es werden die Wohnungen vom Markt verschwinden, die niemand mehr braucht, weil sie zu wenig Attraktivität besitzen.“ Bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als 30 Prozent (incl. 2. Arbeitsmarkt) und ohnehin geringeren Einkommen sind die Wohnungsunternehmen jedoch geradezu angehalten, einen unsanierten Bestand mit niedrigen Mieten zu erhalten. Abgesehen davon, sind die großen Wohnungsunternehmen finanziell kaum in der Lage, den Wohnungsüberhang abzubauen und gleichzeitig den verbleibenden Bestand zu sanieren.

Der Umbau (Rückbau) der ostdeutschen Städte wird nur mit massiver Finanzhilfe von Bund und Ländern zu schaffen sein. Die Politik der rotgrünen Bundesregierung ist hier auf dem richtigen Weg. Im August stellte die Regierung 2,2 Mrd. DM für den Stadtumbau in den neuen Ländern für die Jahre 2002-2009 bereit, hinzu kommen Mittel der Bundesländer, somit stehen für Rückbau, Wohnumfeldverbesserung und die Erarbeitung von

Stadtentwicklungskonzepten etwa 4 Mrd. DM in diesem Zeitraum zusätzlich zur Verfügung.

Nicht gut zu sprechen ist der Geschäftsführer der WHG Eberswalde allerdings, wenn es um die Solarförderung von Bund und Land geht. In den Jahren 1999 und 2000 hat die WHG etwa 1,4 Mio. DM in Solartechnik investiert – Investitionen für die man keine höheren Mieten verlangen kann. Und die öffentliche Hand hat keinen Pfennig dazu bezahlt, da Wohnungsunternehmen keinen Anspruch auf Förderung haben. Aus Sicht von Wiegand sollten Bund und Land die entsprechenden Förderregelungen schleunigst umgestalten.

## Möglichkeiten des Rückbaus

Der Rückbau des Wohnungsüberhangs ist im Zuge des Stadtumbaus ist nicht nur wirtschaftlich wichtig. Jede leerstehende Wohnung belastet die Unternehmen mit etwa 1.000 Mark je Jahr, Ausgaben für Grundsteuer, Verkehrsicherungspflicht, Straßenreinigung usw. fallen schließlich auch weiterhin an. Der Stadtumbau bietet vor allem die Chance, heute wenig attraktive Wohngebiete durch entsprechende stadtebauliche Maßnahmen deutlich aufzuwerten. Dabei geht es nicht nur um die Gestaltung von Grünflächen, die nach einem eventuellen Abriß frei werden. Von den 1.500 abzureißenden Wohnungen in Eberswalde, sind 1.100 Plattenbauwohnungen, überwiegend im größten Neubauviertel der Stadt. Die Rückbaumaßnahmen sollen dazu genutzt werden, die städtebauliche Struktur des Viertels zu verbessern und die Wirkung des Stadtteilzentrums stärker herauszuheben.

Durch die Umgestaltung soll das derzeit monotone Viertel eine stärker erlebbare Hierarchie von Peripherie und Zentrum erhalten. Der Preis ist allerdings hoch, denn die dafür notwendigen Maßnahmen sind wesentlich teurer als der alleinige Abriß von Wohnungen. Das wohnungspolitische Konzept der Stadt sieht vier Varianten zum Rückbau.

1. Auflockerung: Dabei werden einzelne Blöcke abgebrochen, es entstehen großzügige Freiräume, verbesserte Belichtung, die monotone Bauweise wird aufgelockert. Von Vorteil sind die praktikable Durchführung, die unmittelbar zu Verbesserungen im Wohnumfeld führt und die relativ geringen Kosten, die sich auf die normalen Abbruchkosten beschränken. Nachteilig ist hierbei, daß die städtebauliche Struktur weitgehend unangetastet bleibt, dadurch entstehen kaum Flächen für andere Nutzungen (z.B. Bauflächen für bevorzugtere Wohnformen wie Einfamilienhäuser, Kultureinrichtungen, Gewerbe).

2. Etagenweiser Rückbau: Die fünf- bis sechsgeschossigen Wohngebäude werden auf zwei bis vier Geschosse zurückgebaut. Von Vorteil ist hier, daß ein völlig neuer Typ eines Wohnviertels entsteht, die Monotonie der übrigen Bebauung durchbrochen wird und eigentumsähnliche Wohnformen besser integriert werden können. Nachteil: Diese Variante ist sehr kostenintensiv, die Kosten liegen fast doppelt so hoch wie bei normalen Abrißarbeiten.

3. Flächenhafter Abriß: Bei dieser Variante werden zusammenhängende Flächen mit Wohngebäuden abgerissen, bis hin zu einem kompletten Abriß eines Bauabschnittes. Der Vorteil dieser Variante liegt darin, daß Flächen für eine neue Nutzung entstehen, z.B. für die Renaturierung, für Eigenheimbau, gewerbliche oder sonstige Nutzungen. Die Nachteile: Die übrigen Quartiere bleiben unverändert erhalten. Diese Variante kann einschließen, daß auch Wohnraum abgerissen wird, der in den letzten Jahren saniert wurde. Ein Gedanke, der für den Chef der WHG absolut abwegig ist.

4. Axiales Entwicklungsmodell: Damit soll die urbane Achse des Viertels stärker herausgearbeitet werden, die Höhenentwicklung sowie die bauliche Dichte werden zur Peripherie hin abgestuft. Dadurch erhält das bisher monotone Wohngebiet eine Hierarchie und die sinnliche Wahrnehmbarkeit des Stadtteilzentrums. Die sich an die urbane Achse anschließenden Bauabschnitte können durch die unter 1. - 3. beschriebenen Maßnahmen einen unverwechselbaren Charakter erhalten. Von Nachteil sind erneut die Kosten, da diesen Entwicklungsmodell einen hohen Anteil etagenweisen Rückbaus einschließt.

Die Rückbauvarianten und die damit einhergehenden städtebaulichen Zielstellungen für das Plattenbauviertel müssen sehr sorgfältig diskutiert werden. Schließlich geht es nicht nur um die Festlegung auf bestimmte Abrißstandorte, sondern auch um die Entscheidung, ob und wo die Stadt Wohnungsbaufördermittel für Modernisierung und Instandsetzung, Aufzüge usw. befürwortet, wo welche öffentlichen Investitionen im Wohnumfeld und in der Infrastruktur durchgeführt oder umgelenkt werden müssen. Die Kommunen brauchen also ein deutlich definiertes städtebauliches Leitbild, auf dem alle geplanten Maßnahmen beruhen. Am wichtigsten aber wird es sein, daß es in den Kommunen zu Lösungen kommt, die die Verantwortlichen mittragen können. Dazu ist es notwendig, bereits in der Frühphase aller Planungen die betroffenen Interessengruppen bei der Lösungsfindung zu beteiligen. Dazu bedarf es aber auch realistisch denkender KommunalpolitikerInnen, die selbstbewußt und entschlossen optimistisch handeln. Denn wenn sich nichts bewegt, dann könnten sich einige unserer Städte schnell zu Armenhäusern und Altenheimen entwickeln, die nicht nur auf der Kippe stehen, sondern schon einen Schritt weiter sind.

Aus GBK-Rundbrief Nr. 59 vom September 2001.

## Agenda – Was zu tun ist

Zu: BKB für Zusammenarbeit mit Agenda 21 (in BBP 10/2001)

Eigentlich bin ich sehr vorsichtig, wenn ich Artikel lese, in denen nur auszugsweise zitiert wird, zumal ich dann noch den Eindruck gewinnen muß, daß sich der oder die Verfasser nicht eingehend genug mit dem Aktionsprogramm Agenda 21 befaßt hat.

Es wird eine Kritik an den »Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V.« gerichtet, obwohl das 1992 in Rio beschlossene Aktionsprogramm die Verantwortlichkeit für die KOMMUNEN im Kapitel 28 festgeschrieben hat. Dort wird die Verantwortung der lokalen Handlungsträger eingefordert. Alle Kommunen werden aufgefordert, in einen Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Organisationen und der privaten Wirtschaft einzutreten und eine »Lokale Agenda 21« zu beschließen. Aus dieser Reihenfolge ist abzuleiten, daß die Stadtverwaltung eine führende, den gesellschaftlichen Prozeß aktivierende Rolle einnehmen muß. Sie hat eine Doppelrolle, in dem sie einerseits moderierende und koordinierende Aufgaben wahrnimmt, andererseits als eine dem Gemeinwohl verpflichtete, lenkende Instanz auftritt bzw. auftreten sollte.

Die Aufstellung der »Lokalen Agenda 21« zielt auf eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie, die konkrete Ziele und Maßnahmen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung enthält. Es geht also u.a. um

- integrierte Lösungskonzepte im Verkehrsreich (z.B. Verlagerung und Steuerung des Verkehrs, optimierte Verkehrslösungen)
- Ressourcenschonung und -management (z.B. schonender und sparsamer Umgang mit den natürlichen Ressourcen wie Wasser, fossile Energieträger, Böden und Naturgüter, Kreislaufwirtschaft, Abfallmanagement)
- Naturschutz (Erhaltung der biologischen Vielfalt von Fauna und Flora, natürlicher und naturnaher Flächen)
- intensivere Förderung der Entwicklung innovativer Lösungen u.a. bei der Verwertung und Anwendung des Rohstoffes Holz und alternativer Primärenergien (z.B. Wasser, Wind, Sonne und nachwachsende Rohstoffe)

– Konsumverhalten und Umweltbildung (Öffentlichkeitsarbeit zur Entwicklung umweltgerechter Verhaltensmuster).

Leider hatte sich bis zum Sommer 2000 unsere Stadtverwaltung diesen Anforderungen nicht gestellt. Es ist ein großes Verdienst des »Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V.«, daß sich die Stadtverwaltung acht Jahre nach Rio zunächst einmal formal für die Aufstellung einer »Lokalen Agenda 21« bereiterklärt hat. Nun gilt es die Stadtverwaltung in die Pflicht zu nehmen.

Wegen der schon angedeuteten Vielfalt der Aufgaben kann es nicht Aufgabe des Vereins sein, von sich aus Prioritäten zu setzen, wie es vielleicht die BKB erwartet. Im Rahmen des Agenda 21-Prozesses geht es um eine globale Herangehensweise an anstehende Probleme und da sollten sich u.a. alle Interessengruppen und Bürger einbringen. Dies mit absichern zu helfen, dazu fühlt sich der Verein verpflichtet und gibt Anregungen.

Das Wort Agenda stammt aus dem lateinischen Wortschatz und bedeutet »was zu tun ist«. Wenn wir etwas für das 21. Jahrhundert tun wollen, dann sollten wir uns in einen Dialog als Gleichberechtigte begeben und nicht die Zusammenarbeit vom Stellenwert eines Einzelproblems abhängig machen. Agenda-Prozeß bedeutet, daß wir GLOBALES DENKEN IN LOKALES HANDELN umsetzen.

Daher sieht der Verein entsprechend seiner Satzung seine Hauptaufgabe (§ 2, Abs. 2) im wesentlichen »in der Initiierung und Begleitung des Agenda 21-Prozesses in Eberswalde, sowie in der Vernetzung der Beiträge (Initiativen, Aktionen, Maßnahmen etc.) zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung von Eberswalder Trägern (Bürger/innen, Unternehmen, Verbänden, Institutionen) der Stadt«.

Der Agenda-Prozeß ist eine tolle Chance für unsere Abgeordneten und die Stadtverwaltung, zielorientiert wieder oder überhaupt erst einmal mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen bzw. Standpunkte auszutauschen.

REIMAR LOOSE

## 2002 keine Kitagebührenerhöhung

**Eberswalde (bbp).** Das Land verzichtet aufgrund des starken Drucks von Eltern und Kommunen auf die geplante Zuschußkürzung für die Kindertagesstätten um 19 Millionen Mark (rund 10 Mio Euro). Die Stadt Eberswalde kann deshalb voraussichtlich auf die für März 2002 angekündigte Anpassung der Gebührensätze verzichten. Die im Haushaltsansatz 2002 geplanten Mehreinnahmen durch Elternbeiträge in Höhe von rund 60.000 Euro beruhen auf realisierte Einnahmen des laufenden Jahres entsprechend der geltenden Gebüh-

rensatzung. Wegen der Unsicherheiten des neuen Kitagesetzes hatten sowohl die Stadt als auch die meisten freien Kita-Träger 2001 mit weniger Einnahmen aus Elternbeiträgen gerechnet, als schließlich realisiert wurden.

Die Eltern der in städtischen Kindereinrichtungen betreuten Kinder können 2002 sogar mit einer Kostenersparnis rechnen. Aufgrund der Neuausschreibung des Kita-Essens verringern sich die entsprechenden Aufwendungen, was sich z.T. auch auf die Höhe des Elternanteils am Essengeld auswirkt.

## Nordender freuen sich

Da stehen sie nun, schlagen sich auf die Schenkel, klopfen sich gegenseitig auf die Schultern und lachen sich ins Fäustchen über ihren gelungenen Bubenstreich, die Herren Hein, Kikow und Schulz. Herrn Ploschenz werden Sie demnächst einen Orden anhängen und den hat er sich wahrlich verdient! Hat er doch den Bewohnern von mehr als 200 Grundstücken die teuerste und wasserwirtschaftlich und ökologisch schlechteste Schmutzwasserentsorgung aufgeschwatzt, die man sich heute für eine Gartenvorstadt vorstellen kann.

Die sitzen nun in der Gebührenfalle, haben es nur noch nicht gemerkt und feiern den Abschied vom Mittelalter gar noch mit und freuen sich wie kleine Kinder über das Lob ihres Bürgermeisters. Daß es auf vielen Grundstücken nicht so bleiben konnte wie es war, ist unstrittig. Mit dem Kanal sind jedoch die Nordender noch nicht einmal im vorigen Jahrhundert angekommen, das hat ihnen nur keiner gesagt. Auch hat ihnen keiner gesagt, daß sie jetzt das Wasser kräftig laufen lassen müssen, damit es in dem Kanal auch immer gut fließt und es aus den Gullys nicht stinkt – wie z.B. in Werbellin. Das ist der Ort eines früheren Streiches des Herrn Reinhard Schulz. Schließlich hat ihnen auch keiner gesagt, daß z.B. Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und EU-Richtlinien für solche Gartenstädte wesentlich modernere und zudem kostengünstigere Lösungen nicht nur empfehlen sondern verbindlich vorschreiben.

Was kümmert es die Herren? Wasser sparen paßt nicht in ihr Konzept, auch nicht die Beachtung von Förderrichtlinien des Landes und schon gar nicht das Gebot der Agenda 21 zum sorgsamem und sparsamen Umgang mit der Ressource Trinkwasser. Sie haben zugeschlagen! Dieses war die Nr. 6 im ersten Streich. Jetzt rollt der Euro und wer nicht zahlen kann, bei dem wird vollstreckt, vorzugsweise nach zwangsweiser Eintragung einer Grundschuld.

Nun kommt der zweite Streich – das wußten sie vorher – die Beteiligung der gebeutelten Bürger am Straßenausbau, da kann man dann auf Kosten der Anlieger und Dank Landesförderung wieder ein paar Zehntausende, dann Euro – gutmachen. Für neuen Sekt ist gesorgt!

Frau Europa schüttelt den Kopf und wird hoffentlich bald begreifen, daß sie ihr Füllhorn möglichst nicht mehr in Eberswalde ausschütten sollte. Es gibt Gegenden in ihrem Reich, wo das Geld besser angelegt wird. Wir, die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Bamim, Sprecherin vieler ökologisch engagierter Bürger im Kreis, werden ihr das sagen!

JOHANNES MADEJA,

Kreistagsabgeordneter der

Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim

## Untätigkeit fördert wachsenden Protest

Unbefriedigt und empört sind die Bürger der Stadt Eberswalde und der dem ZWA angeschlossenen Umlandgemeinden über die Untätigkeit der Verantwortlichen für das Tun und Nichttun des ZWA zur Herbeiführung einer Lösung für das in aller Munde befindliche Thema Wasser- und Abwassergebühren.

Trotz des nun schon elf Monate währenden Massenprotestes der Bürger, insbesondere gegen den Beschluß der StVV von Eberswalde vom 14.12.2000 über die Gebührenerhöhung für Wasser und Abwasser durch den ZWA, gibt es keinen Lösungsansatz von den verantwortlichen Gremien, um die Gebührenflut einzudämmen. Mit der Einführung der Grund- oder Anschlußgebühren sind verbrauchsunabhängige Forderungen aufgemacht worden, die jeglichem Vergleich im nationalen Maßstab, was die Sozialverträglichkeit betrifft, Hohn spricht. Nicht Wasser sparen, sondern Wasser verbrauchen, ist die Devise des ZWA. Der damit dem begründeten Trend in der Welt zum sorgsamem Umgang mit dem »köstlichen Naß« geradezu entgegen strebt. Alle Dämme für sozialverträgliche Gebühren mit der Obergrenze von 10 DM, incl. Grundgebühren, wie sie der »Landesvater«, unser MP Herr Stolpe, zugesagt hat, sind durchbrochen. An die Stelle des Schutzes der Bürger vor unmäßigen Forderungen der Kommunen ist der Schutz der kommunal gesteuerten Unternehmen vor Veröffentlichung ihrer unseriösen Geschäfte gerückt, um gar nicht etwa die Unfähigkeit oder mehr der sich in den Jahren nach der Wende selbst in die Verantwortung gehievtene Leute ans Tageslicht zu fördern. Aber der Druck der Bürgerbewegung zur Aufklärung der Ursachen für die Unwirtschaftlichkeit des ZWA bei Herstellung vernünftiger Gebühren wächst. Zu lange schon ist seit der Übergabe der über 8000 Unterschriften wahlberechtigter Eberswalder zur Neuaufnahme des Wassergebühren-Themas in die Diskussion der StVV nur nutzlos geredet worden, ohne daß auch ein Deut an Veränderung der Situation zur Gebührenlage erkennbar wäre.

Am 19. November trafen sich deshalb 24 aktive Vertreter der Bürgerbewegung des ZWA-Einzugsgebietes zu einer freimütigen Diskussion, um den Stand einzuschätzen und das weitere Vorgehen zu beraten. Es wurde eingeschätzt:

1. Der Prozeß zur Revision der unbefriedigenden Beschlüsse zu den Wasser- und Abwassergebühren läßt auch nach zwei Gesprächen zwischen dem Bürgermeister, den Fraktionsvorsitzenden der in der StVV vertretenen Parteien, dem ZWA und Vertretern der Bürgerbewegung keinerlei Fortschritte erkennen. Die politisch Verantwortlichen versuchten, durch Hinhaltenaktik bei der Terminfindung und Aufnahme von unzutreffenden Tagesordnungspunkten, die brennenden Fragen im Sande verlaufen zu lassen.

2. Die Bürgerbewegung hat allen Grund, ihren Forderungen wieder mehr Nachdruck zu verleihen und sich nicht vom Bürgermeister vorführen zu lassen.

3. Die schon eingeleiteten juristischen Mittel gegen den ZWA zur Wahrung der Rechte der Bürger sind ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes der Bürgerbewegung zur Durchsetzung politischer Entscheidungen. Gerichtsbeschlüsse zu bisher eingereichten Klagen der Bürger sind zu ihren Gunsten gelaufen.

4. Es gilt weiter daran zu arbeiten, den Nachweis zu erbringen, daß der ZWA von Anfang an keine rechtliche Basis für seine Existenz besitzt und damit eingegangene Kredite, die die wahre Ursache für die überhöhten Gebühren sind, für Null und Nichtig erklärt werden.

5. In Schreiben des ZWA an Bürger zur Eintreibung von Gebühren sind Nötigungen und Androhungen zu finden, die mit aller Konsequenz abgewiesen werden müssen. Sie sind rechtlich nicht zulässig und berechtigen den Bürger zum Widerspruch, bis zur gerichtlichen Entscheidung.

6. Die Stadtverordneten verkriechen sich unter dem Druck unrichtiger Informationen hinter Gesetzeswerke, die aber gerade durch den ZWA unterlaufen oder gebrochen wurden, z.B. solche, daß von den aufgenommenen Millionenkrediten in verbotener Weise Aktien gekauft wurden, über deren Verbleib und Zeitwert tiefstes Schweigen herrscht. Statt die Stadt und ihre Bürger vor Schaden zu schützen, wie es die buchstäbliche Pflicht der Stadtverordneten ist, stimmt die Mehrzahl von ihnen unausgereiften, Risiko beladenen Tischvorlagen zu, ohne sie nachhaltig zu prüfen.

7. Die Bürgerbewegung für sozial verträgliche Wasser- und Abwassergebühren (sWAG) stärkt ihre Reihen personell und organisatorisch, wie bereits durch die Bildung einer Regionalgruppe Eberswalde West der »Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim e.V.« (BKB) geschehen. Sie gibt ihren Sprechern den nötigen Rückhalt, um kompetent die Forderungen und Standpunkte gegenüber Bürgermeister, StVV und ZWA zu artikulieren und die Bewegung weiter zu mobilisieren. Zu diesem Zweck erachten es die anwesenden Vertreter der Bürgerbewegung für richtig, neue Sprecher aus ihrer Mitte zu benennen, die ad interim bis zur nächsten Mitgliederversammlung ihre Arbeit verrichten.

8. Die ständige Zunahme der aktiven Mitglieder der Bürgerbewegung beweist die Entschlossenheit, den Kampf um sozial verträgliche Wasser- und Abwassergebühren zielstrebig fortsetzen zu wollen, bis endlich eine akzeptable Lösung gefunden wird. Das schließt die Teilnahme an bevorstehenden Wahlen mit eigenen Kandidaten ein.

Die Beratung wurde mit der Verabschiedung einer Erklärung beendet.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Die Alnus-Vereinsfahrt 2001

## Eberswalder Studenten zur Kranich-Beobachtung

Der Herbst hat ja bekanntlich so einiges zu bieten: Erkältung, nasses Wetter und ungemütliche Temperaturen. Jedoch ist es auch die Zeit des Vogelzuges, was ehrlich gesagt für den Alnus e.V. die interessanteste Eigenschaft dieser Jahreszeit darstellt. Der Verein, „Arbeitsgemeinschaft für Landschaftsnutzung, Naturschutz, Umweltbildung und Stadtökologie“ wurde von Studenten der Fachhochschule Eberswalde mit dem Ziel gegründet das theoretisch Erlernete in der Praxis umzusetzen und Bildung für Studenten und Interessierte „hautnah“ gestalten zu können.

Also packten wir am 20. Oktober für ein Wochenende unsere Sachen und fuhren Richtung Ostsee. Den Kranich-Rastplatz am Darß, einer der größten Mitteleuropas, war unser Ziel. Nachdem wir bei Sonnenschein und frischen Temperaturen den Parkplatz am frühen Nachmittag erreichten, schwangen wir uns zugleich auf die Leihräder und strampelten durch den Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft. So konnten sich die rund 30 mitgereisten Vogelfreaks schon gut 14 Uhr auf dem Deich postieren, um mit Fernglas, Bestimmungsbuch und Spektiv dem Kranich-Ansturm standzuhalten. Deren innere Uhr ließ sie jedoch noch irgendwo in weiter Ferne auf den Feldern gastieren, so mußten wir uns mit der bislang vorhandenen Vogelwelt „zufriedengeben“. Bereits dabei flogen uns unter anderem Zwergtaucher, Pfeifenten, Alpenstrandläufer,

Kiebitzregenpfeifer, große Brachvögel und zwei Seeadler vor die Linse. Nach zwei Stunden Beobachten, Frieren und Warten erschienen drei merkwürdige Gestalten im Flachwasserbereich des Schilfgürtels – na endlich, die ersten Kraniche hatten ihren Weg zu uns gefunden. Und nach dieser Initialzündung nahm das Ganze immer mehr Gestalt an. Ununterbrochen erschienen jetzt schwarze Linien am Horizont, die beim Näherkommen die typischen Trompetenlaute von sich gaben. Langsam sammelten sich mehrere Tausende Kraniche stehend im kalten Ostseewasser des Darß und auch die Ornithologen auf der gegenüberliegenden Seite am Deich wurden immer zahlreicher. Als die Dunkelheit hereinbrach und die meisten „Alnüsse“ mit leichtem Gefrierbrand den Heimweg antraten, war für die Kraniche noch lange nicht Feierabend. Im Schein des sichelförmigen Mondes kamen immer

neue Trupps mit lautem Rufen angeflogen – am späten Abend hatten sich weit über 20.000 Vögel eingefunden, die dicht aneinander stehend an diesem Ort die Nacht verbrachten.

Die Exkursionsteilnehmer verbrachten ihre Nacht in der Jugendherberge Barth, die direkt am Bodden außerhalb des Ortes liegt. Auch der Sonntag wurde nicht nur mit Heimfahren und Philosophieren verschwendet, warum man denn ausgerechnet am nächsten Tag schon wieder in die FH gehen müsse. Wir besuchten am Morgen das Infozentrum „Arche“ in Wiek. Hier fanden wir allerhand Wissenswertes zum Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft und konnten sehen, wie Umweltbildungskonzepte zeitgemäß auszusehen hatten.

Nach einem weiteren Auto-Parkplatz-Picknick wanderten wir schließlich unter der Leitung eines ehemaligen FH'lers (der jetzt im Nationalpark arbeitet!) zum Weststrand, einem unberührten Küstenstrand der Ostsee mitten im Nationalpark. Hier und später noch an der Sandstein-Steilküste (bei Ahrenshoop) gingen wir ein letztes Mal spazieren und sagten dem Meer „Auf Wiedersehen“, bevor sich unsere Kolonne fast so elegant wie ein Kranichtrupp Richtung Eberswalde bewegte.

MICHAEL HÜTTNER und  
JOHANNES GIEBERMANN

ALNUS e.V., c/o Fachhochschule Eberswalde, Friedrich-Ebertstraße 28, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334/657314, e-mail: alnus@fh-eberswalde.de



## Abwassergebühren und Haushaltsdebatte

Es ist kein Festtag. Trotzdem bietet der Jahrestag der Beschlußfassung der StVV Eberswalde über die Erhöhung der Abwassergebühren Anlaß genug für Fragen, wie es weiter gehen soll. Die Gebührenerhöhung führte zu breiten Bürgerprotesten. Mehr als eintausend Bürger protestierten auf dem Marktplatz, über 8000 unterschrieben die Forderung nach erneuter Befassung der StVV mit der Gebührenproblematik. Schließlich die Forderung nach Rücktritt des Bürgermeisters und der Stadtverordneten. Statt eines Bürgerbegehrens zur Bürgermeisterabwahl entschied sich die Bürgerbewegung für eine „letzte, grundsätzliche Beratung“ mit dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden. Bei Mißerfolg sollte das Abwahlverfahren auf den Weg gebracht werden. Damit die Gespräche nicht endlos werden, forderte die Bürgerbewegung, ab Januar 2002 die Abwassergebühren auf das Niveau des Jahres 2000 zu senken. Nur so könne Bereitschaft und Ernsthaftigkeit belegt werden, wirksame Schritte hin zu sozialverträglichen Gebühren gehen zu wollen. Die Bürgerbewegung stellte diese Forderung im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte in

StVV und Kreistag. Erste Schritte der Gebührensenkung sollten die ZWA-Mitgliedsgemeinden durch Umlagen finanzieren (Seite 7).

In der Stadt Eberswalde griff keine Fraktion die Forderung der Bürgerbewegung zur Gebührensenkung auf. Mit Verweis auf fehlendes Antragsrecht der Bürgerbewegung war das Thema erledigt. Auch im Kreistag hatte die Bürgerbewegung mit ihren Forderungen kein Glück. Dabei hätte der Kreis eine wichtige Rolle bei der Gebührensenkung spielen können und müssen. Die Verantwortlichen in der Kreisverwaltung betonen in diesem Zusammenhang zwar immer wieder, Wasser- und Abwassergebühren seien Thema der kommunalen Selbstverwaltung der Gemeinden. Aber zugleich greift die Kreisumlage nachhaltig in die kommunale Selbstverwaltung ein und entscheidet, wieviel bzw. wie wenig Geld den Kommunen bleibt. Die Fraktion der PDS schlug dem Kreistag vor, die Kreisumlage um einen Prozentpunkt zu senken (ca. 2 Mio DM). In der mündlichen Begründung zu dieser Vorlage fiel das Stichwort von der eventuellen Gebührensenkung, die PDS-Fraktion konnte sich jedoch nicht entschließen, die teilweise

Verwendung der Mittel speziell für die Abwassergebührensenkung zu empfehlen.

Fazit: Da die Haushaltsbeschlüsse der Stadt Eberswalde (und der weiteren Mitgliedsgemeinden im ZWA) und des Landkreises keine Mittelbereitstellung für Abwassergebührensenkungen beinhalten, ist die Chance vertan, mit Jahresbeginn 2002 eine Gebührensenkung vorzunehmen. Es gibt derzeit keine politische Partei im Kreis, die die Bürgerbewegung in ihren Forderungen zur Senkung der Wasser- und Abwassergebühren unterstützt. Auch wenn die Wasser- und Abwassergebühren im ZWA Eberswalde kein bundespolitisches Thema sind, werden sich die Kandidaten für die Bundestagswahl fragen lassen müssen, wie sie zur Abwassergebührensenkung stehen. Die Wähler werden sich dann nicht mit Verweisungen auf die kommunale Selbstverwaltung zufrieden geben, sondern die Antwort mit ihrer Wählerstimme geben. Aus heutiger Sicht werden die Zahlen der Nichtwähler drastisch zunehmen und rechte Parteien Stimmenzuwächse erhalten. Aber auch die nächste Kommunalwahl kommt bestimmt.

ALBRECHT TRILLER

**Erdöl und Erdgas spielen auch im Krieg gegen Afghanistan eine Rolle. Machtpolitische und energiepolitische Interessen der USA überlappen sich.**

Wenn die US-AmerikanerInnen mehr Velofahren würden, hätte Usama Bin Laden vielleicht gar kein Problem mit ihnen. Doch leider schlucken US-Autos alleine zehn Prozent des weltweit geförderten Öls; und vor allem des Öls wegen führten die USA den zweiten Golfkrieg. An diesem Krieg aber entzündete sich der Zorn des mittlerweile ausgebürgerten Saudi-Arabers – Zorn ob der amerikanischen Militärpräsenz in seinem Land, in blasphemischer Nähe zu den beiden höchsten islamischen Kultstätten. Mittlerweile ist das US-Militär aus den saudischen Städten größtenteils verbannt – aber verschwunden ist es nicht. Die GIs müssen sich heute in der saudischen Wüste langweilen, um die Ölfelder des Einfamilienregimes zu schützen.

Amerika treibt immer mal wieder die Angst um, nahöstliche Finstermänner könnten den Hahn zudrehen. Aber wer? Die Saudis vielleicht, unter dem Druck wieder erwachter arabisch-muslimischer Solidarität? Im Wirbel eines neuen arabisch-israelischen Krieges?

Genau diese Befürchtungen ließen die US-Regierung bis vor gerade einmal drei Jahren ausgesprochen wohlwollend auf die Taliban-Bewegung blicken. Daß der pakistanische Geheimdienst ISI den aufstrebenden »Koranschülern« seit Mitte der neunziger Jahre bei ihren Feldzügen unter die Arme griff, wurde billigend geduldet. Es ging um eine Pipeline fürs Öl: Das verwüstete Afghanistan wurde Mitte der neunziger Jahre durch Ölprojekte in Zentralasien geostrategisch aufgewertet – es schien sich als Transitroute anzubieten, um den fossilen Ressourcen der nicht mehr kommunistischen Staaten Kasachstan und Turkmenistan einen billigen Weg auf den Weltmarkt zu bahnen. Die Taliban als mächtigste afghanische Kriegspartei sollten der Bevölkerung zwar keine Menschenrechte, dafür aber dem Transitland Stabilität bringen.

**Pipelines, ein Emir und eine Menge Scharia**

Öl aus Zentralasien sollte die US-Energiepolitik ein wenig unabhängiger von den politischen Wackelkandidaten im Nahen Osten machen. Preiswerte Transportalternativen zur Strecke durch Afghanistan gab es aus US-Sicht keine: Den Iran hielt die Regierung von Präsident Bill Clinton – schon fast traditionsgemäß – für geopolitisch ungenießbar, und der bisherige Transportmonopolist Rußland schied aus, weil ein wesentliches Ziel der US-Politik war, dessen Griff um Zentralasien zu lockern. Andere Routen waren zwar denkbar, aber weit teurer.

Ab 1996 machte der in Turkmenistan aktive US-Ölkonzern Unocal der Taliban-Führung Avancen. Im Verbund mit dem saudischen Unternehmen Delta Nimir sollte eine Gasleitung bis nach Pakistan ans Arabische Meer ge-

**US-Energiepolitik vor und nach dem Krieg**

**Scheich Laden und das Öl**

von Steffen Hertog, London

baut werden. Damals hatten die USA Afghanistan noch nicht zum »Schurkenstaat« ernannt, und US-Diplomaten leisteten den Ölmanagern diskrete Hilfestellung – wie sie hinter vorgehaltener Hand später selbst zugaben.

Anfang 1997 lud Unocal eine Gesandtschaft der Taliban nach Houston/Texas ein, wo diese, nach dem Bericht eines Fachmagazins der Ölbranche, »fürstlich bewirtet« wurden. Delegierte des Konzerns tourten ihrerseits durch Afghanistan, um sicherheitshalber Kontakte mit weiteren Kriegsparteien aufzunehmen. Auf den laufenden Bürgerkrieg angesprochen, erläuterte ein Unocal-Vertreter an einer Messe in Aserbaidschan: »Das ist kein Problem, wir haben Deals mit allen Warlords.« 1997 erklärte ein US-Diplomat dem Journalisten und Taliban-Experten Ahmed Rashid die afghanische

Zukunft: »Die Taliban werden sich wahrscheinlich so wie die Saudis entwickeln. Es wird so etwas wie Aramco geben (der früher amerikanische, heute saudische Ölmonopolist im saudischen Königreich), Pipelines, einen Emir, kein Parlament und eine Menge Scharia-Gesetzgebung. Damit können wir leben.«

Ein knackiges realpolitisches Szenario – nur fehlt da jemand:

Usama Bin Laden. Denn der, Mitte der neunziger Jahre schon weit oben auf US-Fahndungslisten, kam nach seinem Rauswurf aus dem Sudan 1996 ausgerechnet bei den Taliban unter. Nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia im Sommer 1998, die Bin Laden zur Last gelegt werden, sah sich US-Präsident Clinton veranlaßt, ein Exempel zu statuieren: Amerikanische Cruise-Missiles schlugen nicht nur in einer pharmazeutischen Fabrik im Sudan ein, sondern auch in mehreren – wirklichen oder vermeintlichen – Ausbildungslagern Bin Ladens in Afghanistan. Spätestens ab dann aber war mit den Taliban kein Staat mehr zu machen.

**Politik und Paranoia**

Im Dezember 1998 gab Unocal offiziell seine transafghanischen Pipeline-Pläne auf. Auch wenn anhaltende Proteste von Menschenrechtsgruppen halfen, das Projekt zu verhindern: Ausschlaggebend war wahrscheinlich der afghanische Dauergast Bin Laden.

Öl und Gas am Kaspischen Meer sowie die

möglichen Transportrouten sind heute immer noch Thema für US-Außenpolitik und US-Ölmanager. Manch Außenstehender stellt weit reichende Verbindungen her: Die bahrainische Tageszeitung »al-Ayyam« etwa schrieb, der Krieg in Afghanistan sei »nur ein weiteres Kapitel in den Plänen des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger, die Vormachtstellung der USA zu sichern. Der Plan wurde nach dem Oktoberkrieg 1973 erstellt. (...) So wie die Amerikaner den Golfkrieg genutzt haben und unter dem Deckmantel der internationalen Legitimität militärisch in diese Region eindringen, um ihre Ölressourcen zu kontrollieren, so haben die USA in den Ereignissen des 11. September einen Vorwand gefunden, um gegen Afghanistan Krieg zu führen. Ihr Blick ist auf die Ölfelder Zentralasiens gerichtet.«



Natürlich schießen dieser Tage Spekulationen ins Kraut, und gerade die Paranoia der extrem strukturkonservativen Ölproduzenten am Golf droht außer Rand und Band zu geraten. Doch die US-Politik in Afghanistan war tatsächlich bis vor kurzem zu einem guten Teil Ölpolitik; da bedarf es keiner Verschwörungstheorien. Ölinteressen sind in der Bush-Regierung sehr gut vertreten; Bush wie sein Vize Dick Cheney haben mehr oder weniger erfolgreiche Karrieren im Ölbusiness hinter sich. Die USA haben Afghanistan sicher nicht angegriffen, um dort danach möglichst schnell eine Pipeline zu bauen – aber in die Nachkriegspläne für Afghanistan könnten Vorstellungen der Öl-Lobby sehr wohl hineinspielen.

Dies ist auch einer der Gründe, warum sich die zentralasiatische Großmachtallianz, an der Rußland und die USA zu schmieden scheinen, als Totgeburt herausstellen könnte. Bis vor kurzem bestand die Zentralasienpolitik der beiden Staaten vornehmlich aus machtpolitischen Manövern und Gegenmanövern.

Der Machtkampf im postsowjetischen eura-

sischen »Kernland«, oft mit verkraupfter Wirtschaftsrhetorik notdürftig drapiert, machte sich vor allem an der kaspischen Energiepolitik fest. Er wurzelte in altem geostrategischem Denken – der Idee exklusiver, rivalisierender Einflußsphären. Öl und Pipelines wurden zu modernen Symbolen der Geostrategie. Beide Seiten versuchten sich in einer kruden Mixtur von Militär- und Ölpolitik. Ab 1994 bemühten sich die USA, durch lautstarke politische Rückendeckung für bestimmte West-Ost-Pipeline-Projekte Rußland möglichst zu verdrängen und gleichzeitig dem Iran den Zutritt zum kaspischen Energiebusiness zu verwehren.

## Der erste Tanker mit kasachischem Öl

Es hat nicht sollen sein: Die oft als rückständig und inkompetent verlachten Russen waren schneller. Anfang Oktober verließ der erste Tanker mit Öl vom kasachischen Tengis-Feld den Hafen Noworossijsk an der russischen Schwarzmeerküste – seit kurzem besteht eine direkte Pipeline-Verbindung, die über russisches Territorium führt. US-amerikanische Pläne, sich per Unterwasser-Pipeline durchs Kaspische Meer an Iran und Rußland vorbei nach Aserbaidshan zu schlängeln, sind damit bis auf weiteres obsolet geworden.

Ein anderes Unterwasserprojekt hingegen nähert sich der Vollendung: die russische »Bluestream«-Gasleitung quer durch das Schwarze Meer an die türkische Küste. US-Plänen für den Gastransport durch den Kaukasus hat dies wiederum einen kräftigen Dämpfer verpaßt.

Das amerikanische Königsprojekt, eine Pipeline von Baku in Aserbaidshan über Georgien nach Ceyhan an der türkischen Mittelmeerküste, wird nach mehrfachen Verzögerungen nun vielleicht doch gebaut. Damit wäre aber weder Kasachstan noch Turkmenistan jenseits des Kaspischen Meeres geholfen, die weiterhin vom russischen Transportmonopol abhängen.

Hier könnte die afghanische Option wieder ins Spiel kommen: Ein hoher Beamter des US-Außenministeriums wußte Mitte Oktober zu berichten, daß der turkmenische Präsident Saparmurad Nijasow nach Beginn der US-Angriffe bei mehreren Gelegenheiten wieder auf Afghanistan als potenzielles Transitland aufmerksam gemacht hat. Ein direkter Anschluß Turkmenistans an den Weltmarkt würde den russischen Einfluß erheblich mindern; hat sich doch eine gelegentliche Transportblockade als probates Mittel russischerseits erwiesen, um die eigenwilligen Turkmenen bei Bedarf gefügig zu machen. Bisher scheinen solche Gedankenspiele aber den Aufbau der russisch-amerikanischen Entente in Zentralasien nicht zu bremsen. Terrorismusbekämpfung ist das einzige offizielle Thema.

Falls die USA transafghanische Transportpläne aus Rücksicht auf Rußland nicht aktiv

propagieren, wären die Würfel zum großen Teil gefallen und die Pipeline Baku-Ceyhan würde gebaut. Eine Art gemeinsame Dominanz über Zentralasien wäre zumindest aus energiepolitischer Perspektive denkbar. Doch in diesem Falle müßten die USA einiges an ideologischem Ballast über Bord schmeißen oder besser: Die islamophobe Fraktion in der Regierung müßte sich gegenüber der russo-phoben durchsetzen.

## Partner und Komplizen

Dabei käme eine solche Doppelpatronage den Völkern Zentralasiens kaum zugute. Die US- wie die russische Regierung vertiefen zurzeit ihre Komplizenschaft mit den Diktatoren der Region. Politische Reformpläne für die korrupten Regimes Zentralasiens sind schon in den letzten Jahren fast von der Tagesordnung verschwunden – schließlich boten sich die herrschenden Kleptokraten für die schnelle Energiepartnerschaft an. Politische Öffnung könnte nun endgültig einem zentralasiatischen Sicherheitsregime geopfert werden. Durchaus wahrscheinlich wäre in diesem Falle die Radikalisierung der islamischen Opposition in den zentralasiatischen Staaten.

Ob die Angst vor Islamisten alleine langfristig als gemeinsamer Nenner taugt, ist ohnehin unklar; zumindest wäre die Partnerschaft auf eine dauerhaft sichtbare terroristische Bedrohung angewiesen. Führende Kreise in Rußland sind immer noch sehr sensibel, was fremde Eingriffe in der unmittelbaren Nachbarschaft angeht. Eine langfristige US-Militärpräsenz in Usbekistan und Tadschikistan würden große Teile des Militärs und des außenpolitischen Establishments nicht gerne sehen.

Prophezeiungen einer Wende gibt es auch für das iranisch-amerikanische Verhältnis. Klar ist, daß der Iran helfen soll, die Nordallianz in Afghanistan zu bändigen, denn Teheran unterhält enge Beziehungen zu schiitischen Gruppen im Bündnis. Was aber sind die USA zu zahlen bereit? Eine große Belohnung wäre das amerikanische Einverständnis zu einer Pipeline vom Kaspischen Meer an den Persischen Golf. Doch dies würde die Bankrotterklärung der bisherigen Isolierungsstrategie bedeuten.

An manchen der regionalen Nachkriegspläne wird auch das Ölbusiness selbst mitschreiben. Die Nachfrage auf dem Weltmarkt ist allerdings seit dem 11. September deutlich gesunken, Öl ist zwanzig Prozent billiger als vor dem Anschlag. Der kaspische Raum ist wegen der immensen Förder- und Transportkosten auf langfristig hohe Preise angewiesen. Sollte aus dem globalen Konjunkturknick eine Rezession werden, könnte zumindest im Energiesektor vorübergehend Ruhe einkehren. »Big Oil« aber – die großen Konzerne – schweigt bisher.

Quelle: Die Wochenzeitung, woz-online – 22.11.2001

[www.woz.ch/wozhomepage/usa/oel47j01.htm](http://www.woz.ch/wozhomepage/usa/oel47j01.htm)

## ZWA-Aktienspekulationen?

**Eberswalde (bbp).** In der StVV-Einwohnerfragestunde vom 22. November mußte sich der Zweckverband für Wasserver- und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWA) u.a. den Vorwürfen gefallen lassen, er hätte Anfang der 90er Jahre einen Teil der aufgenommenen Kredite verwendet, um Aktienanteile zu erwerben. Nach Recherchen der Barnimer Bürgerpost beziehen sich diese Vorwürfe auf Informationen aus einem Prüfbericht von 1995/96, der u.a. den Umgang mit den Finanzen unter die Lupe nahm. Darin heißt es:

»Die im ZWA Eberswalde geführten Bankkonten wurden in die Prüfungshandlungen mit einbezogen. Das heißt, das Hauptkonto des ZWA wurde anhand der Bankauszüge stichprobenweise (ca. 60 %) überprüft sowie die Unterkonten (Kunden- und Festgeldkonten). Bei der Überprüfung der Bankbewegungen ergaben sich folgende Feststellungen:

Eingegangenen Geldmittel aus KfW-Darlehen und Marktkrediten wurden in den Jahren 1991 und folgende, wenn sie zum Zeitpunkt des Zahlungseinganges noch nicht benötigt wurden, auf Festgeldkonten angelegt. Unter anderem wurde dabei festgestellt, daß Geldmittel auch zum Wertpapierankauf eingesetzt wurden. Nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen ist der Handel mit Wertpapieren nicht zulässig.

Verluste aus dem An- und Verkauf von Wertpapieren in den Jahren 1992 - 1993 sind nicht zu verzeichnen. Die Erträge daraus sind in der Gewinn- und Verlustrechnung des jeweiligen Wirtschaftsjahres ausgewiesen.«

Um welche Art Wertpapiere es sich handelte, geht aus der uns vorliegenden Passage des Prüfberichtes nicht hervor. Neben Spekulationspapieren wie Aktien oder Optionsscheinen fallen u.a. auch festverzinsliche Anleihen und die ebenfalls festverzinslichen, jedoch mit einer kürzeren Laufzeit ausgestatteten Geldmarktpapiere unter die Rubrik Wertpapiere. Diese Art Finanzanlagen waren wegen des damals hohen Zinsniveaus Anfang der 90er Jahre sehr attraktiv und auch für ein kurzfristiges Engagement durchaus geeignet. Allerdings einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung wie dem ZWA verboten.

Die Barnimer Bürgerpost wird an dem Thema drableiben und in einer der nächsten Ausgaben darüber berichten.

### 1. WEIHNACHTSKUNSTMARKT

SONNTAG, 2. ADVENT, 9. DEZEMBER 2001  
VON 10 UHR – 16 UHR

**BEI WEIHNACHTLICHER ATMOSPHÄRE  
FREUEN WIR UNS AUF IHREN BESUCH.**

HOLZARBEITEN (Dr. K.-H. Apel, Björn Lilie)

KERAMIK (Christian Rapp, Klaus Deutsch)

BILDER & ORIGINALGRAFIKEN & BÜCHER

(Catrin Sternberg, Christine Radecke, Janin Pangsy, Ines Frank, Barbara Störmer, Ellen Behring, Reinhard Wienke, Andreas Bogdajn, Manfred Tekla)

**KAFFEE & KUCHEN & GLÜHWEIN**

## Kampf um Europa?

In einem Monat werden wir die Deutsche Mark in Euro umtauschen. Ungestüm drängt sich die Deutschen Bundesrepublik in den Krieg um Afghanistan. Besteht da ein Zusammenhang?

Die Deutsche Mark wird am Ende des Jahres zum abgeschlossenen numismatischen Sammelgebiet. Der ganze Stolz der Bundesbürger verschwindet im Nirwana. Mit dieser an Symbolik reichen Aktion wird die europäischen Währungsunion vollzogen. Eigentlich gelten feste Wechselkurse in West- und Mitteleuropa schon seit gut zwei Jahren. Bereits damals gab die Bundesrepublik die staatliche Hoheit über die eigene Währung an die europäische Zentralbank ab. Am Ende des Jahres wird dieser Schritt mit der Verwendung des neuen Geldes im Zahlungsverkehr nur noch für alle sichtbar vollzogen. Mit dem Verlust der eigenen Währung ging ein wesentlicher Teil der staatlichen Selbstbestimmung der Bundesrepublik an die europäische Union über. Wie wichtig die eigene Währung für einen Staat ist, erkennt man an der sehr schnellen, fast hektischen Verdrängung der DDR-Mark durch die Deutsche Mark oder an dem Bemühen der Balkanstaaten um ihre Währungen. Man muß kein Prophet sein, um festzustellen, daß mit der europäischen Währungsunion der Weg der Bundesrepublik in ein größeres staatliches Gebilde vorgezeichnet ist. Auf diesem Weg gibt es auch keine Möglichkeit zur Umkehr. Zumindest entstünde großer volkswirtschaftlicher Schaden.

Noch weiß kaum einer so richtig, wie die neuen Apparate, Verwaltungen und Ideologien des neuen Europa funktionieren werden. Sicher hingegen ist, daß die jetzigen Staaten ihre nationalstaatlichen Kompetenzen, wie eben die Währungshoheit, die Wirtschaftspolitik oder die Außenverteidigung verlieren werden. Aber wer wird diese Kompetenzen übernehmen?

Für die Bürger der Europäischen Union ist die Einführung des EURO und das Zusammenwachsen Europas vorerst mit mancher Erleichterung verbunden. Aus diesem Grunde mag man sich gegenwärtig auch nicht bewußt mit den Folgen des Verlustes eines Teils der staatlicher Identität befassen. Scheinbar vergessen ist, daß noch vor gar nicht langer Zeit auch die Deutschen Krieg um ihren Nationalstaat und dann um die Vorherrschaft in Europa geführt haben und die Albaner und Afghanen heute noch mit der Waffe für ihren Staat kämpfen. Es scheint so, daß dieser unabhängige Nationalstaat mit all seinen Kompetenzen für unsere Vorfahren sehr wichtig war.

Doch gegenwärtig müssen wir feststellen, daß er für uns kaum noch Bedeutung hat. Die

Preisgabe der staatlichen Hoheit vollzieht sich sang- und klanglos, sozusagen in den Hinterzimmern des Reichstages. Wir geben sie ohne große Auseinandersetzung einfach auf und freuen uns darüber, in ganz Europa das gleiche Geld zu benutzen.

Aber was kommt nach dem deutschen Nationalstaat? Europa mit den Brüsseler Bürokraten? Oder bestimmt die Volkswagen AG? Wie wird der Nationalstaat verschwinden? Streiken die überflüssigen Bürokraten um ihren Arbeitsplatz, oder machen sie Dienst nach Vorschrift? Welche Gebilde bleiben bestehen? Werden die Amtsdirektoren zu Landvögten? Mit welchen Kompetenzen werden die jeweiligen Verwaltungen ausgestattet? Wer bestimmt die Politik? Verselbständigen sich die einzelnen Verwaltungen? Wo bleibt die nationale Identität? Werden wir alle Europäer? Was bedeutet das für den einzelnen? Werden wir europäisch sprechen oder wenigstens denken und handeln? Und nicht zuletzt: Ist Europa friedlich?

Diese Fragen kann man nicht so einfach beantworten. Selbst der dafür zuständige Außenminister Fischer kennt sich da nicht aus und kümmert sich lieber um Afghanistan.

Es ist schon bemerkenswert, wie schnell und mit welcher Begründung zur gleichen Zeit die NATO zum erstenmal in ihrer Geschichte den Bündnisfall feststellt und Krieg in Afghanistan führt. Fast alle Mitglieder der Europäischen Union sind zugleich Mitglieder im Nordatlantikpakt. Der Nordatlantikpakt bündelt damit ganz bestimmte nationale Interessen der Europäer. Bestimmt jetzt die NATO die Außenpolitik in Europa? Oder machen das die Amerikaner für uns? Nach einer kurzen Kampagne in den Medien findet sich die Bundesrepublik an der Seite ihrer Verbündeten im Krieg gegen Afghanistan wieder. Wie am Anfang des Jahres beim Ritual um den Rinderwahnsinn sind wir jetzt vollgestopft mit Informationen. Diesmal über die Taleban, den Bin Laden und den alten König, über islamischen Fundamentalismus und die Armut der Afghanen und daß sie ihre Frauen nicht lernen lassen und wie man Musik-CDs nach Kabul bekommt. Bald wird man sich an die Bilder von den Kampfhandlungen gewöhnt haben und die Kriegshelden werden ausgezeichnet. Und ganz bestimmt bekommen die Afghanen auch die Freiheit und natürlich Demokratie. Sie bekommen etwas zu Essen und müssen den Opiumanbau lassen. Natürlich Coca-Cola in Hülle und Fülle oder Nestlé Kindermilchpulver und eine neue Erdölpipeline. Jedenfalls wird das so in der Zeitung stehen und im Fernsehen zu bestaunen sein. In zwanzig Jahren erscheint dann ein Buch, in dem steht, was wirklich war.

Wird das jetzt immer so werden? Irgendwer bemächtigt sich der Macht in Europa und der Medien. Dann wird ein Feind festgelegt und Krieg geführt. Und alle machen mit. Ganz Europa ist dabei. Was sagt denn eigentlich die Europäische Kommission dazu? Hat das europäische Parlament auch eine Meinung? Haben die Eurobürokraten das verlangt? Wer fragt eigentlich die Menschen in Europa?

Haben wir in Deutschland nicht sehr, sehr Leidvolle Erfahrungen mit Kriegen gemacht? Haben die beiden Weltkriege den Menschen genutzt? Ich glaubte wir Deutschen hätten unsere Lektionen gelernt. Aus gutem Grund wurde in der Vergangenheit viel getan um die riesigen Armeen abzurüsten. Deutschland und Europa konnten über fünfzig friedliche Jahre erleben. Wir haben Verträge mit allen unseren Nachbarn. Die DDR wurde friedlich und ohne Gewalt übergeben. Wie kommt es nun, daß wir quasi über Nacht im Krieg stehen? Wollen wir jetzt alle sterben?

Ist dieser Verlust an demokratische Kompetenz mit der europäischen Einigung notwendigerweise verbunden oder sieht unsere Regierung bloß nicht durch? Ist das Solidarität, wenn man sich den Amerikanern als bedingungslose Kriegshelfer aufdrängt? Muß man die Bevölkerung nicht mehr fragen? Bestimmt die NATO die europäische Politik?

Die Menschen in Deutschland brauchen keinen Krieg. Wir haben gelernt, wie man Konflikte auf friedlichem Wege löst. Das sollte sich die Regierung und vor allem die Sozialdemokratische Partei und Bündnis 90 /Die Grünen hinter die Ohren schreiben. Ihre Pflicht wäre es, den Amerikanern und Engländern diese unsere speziellen Erfahrungen nachdrücklich mitzuteilen und für Frieden zu sorgen. Mit Grips. Ohne Waffen.

Im Zweifel könnten die reichen Europäer und Nordamerikaner den Taleban und der Nordallianz ihren ganzen Krempel abkaufen. Eins zwei drei aus der Portokasse. Mehr Geld braucht man für deren Plunder nicht. Oder aus Spenden. Es reichen auch die eingesparten Kriegskosten. Und wenn unsere Regierung unbedingt wissen will, wie Krieg geht, dann könnten sie mal vier Wochen auf dem Lieberoser Sander zelten fahren.

Deutschland und die Menschen brauchen keinen Krieg. Der Krieg gegen Afghanistan führt nur zu unsäglichem Leid und wird viele Menschen gegen uns aufbringen. Und genau das will ich nicht. Aber wer will das denn eigentlich? Geht es in Afghanistan nicht auch um die Selbstbestimmung von Europa? Deshalb liebe Leute denkt nach, was Ihr machen könnt. Wer kämpft eigentlich um Europa?

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

## Alles im Arsch

Unter feinen Leuten sagt man es nicht, aber natürlich sagen auch feine Leute ARSCH. Oder ARSCHLOCH.

Seit Goethes »Götz von Berlichingen« – wo es übrigens nicht heißt »am« ARSCHE lekken, sondern »im« – ist das Gesäß in seiner derben Variante überall zitabel, vom diplomatischen Parkett abgesehen, obwohl, wenn man an den Bundesaußenminister denkt...?!

Tucholsky hat Goebbels ein ARSCHLOCH genannt, Wolf Biermann betitelte den Lyriker und Stasi-Spitzel Sascha Anderson so. Regine Hildebrandt weigerte sich, mit den ARSCHLÖCHERN von der CDU gemeinsame Koalition zu machen, und der Bundesaußenminister – seinerzeit, als er noch keiner war, sondern ein linker Rebell – handelte sich eine scharfe Rüge ein, als er im Bundestag die kräftige Vokabel wider den Präsidenten abschob. Der damalige Show-Master Dietmar Schönherr bekam einigen Arger, als er den damaligen US-Präsidenten einen ARSCH hieß vor laufenden Kameras und während des laufenden Vietnam-Krieges. Angesichts dessen, was die USA in Vietnam verübten, war ARSCH gewiß ein milder Vorwurf. Schelte gab es dennoch.

Man soll das Wort nicht über- aber auch nicht unterbewerten. Während meiner glücklicherweise nur fünfwöchigen Reservistenzeit in der ruhmreichen Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik vermochte ich eines Tages nicht, das hatte mit Übergewicht und mangelndem Ehrgeiz zu tun, die Kampfwanne aus Holzbohlen zu entern. Ein Genosse Unteroffizier, ein Dämpling von der scharfen Sorte, rief mir aufmunternd zu: »Nun bewegen Sie schon Ihren Arsch, Sie Arsch!« Das hat mich sehr erregt, und ich legte Beschwerde ein beim Parteisekretär. Erst hieß es: »Machen Sie doch keinen Mist, wollen Sie putschen oder was?« Dann

bekam die Sache doch noch Schwung, weil ich erklärte, daß mich weniger störte, ARSCH genannt zu werden, mehr habe mich das SIE im Kontext mit ARSCH geärgert. Du ARSCH, das hätte kumplig, irgendwie benachbart geklungen, da wär mir kein Protest in den Sinn gekommen. Aber Uffz. Lehmann war uns weder Kumpel noch nahe, und mir ging es um mehr als um ein Personalpronomen. Es war Verachtung und es war Arroganz im Spiel. Mir wurde genüge getan; Lehmann entschuldigte sich. Und als er das tat, tat er mir leid; der Junge war Melker und stilistische Feinheiten hatte er einfach nicht drauf.

Diesen Bonus darf Staatssekretär und Kanzlerberater Steiner nicht für sich beanspruchen. Dem famosen Sozialdemokraten fehlte es bei einer Bundeswehrrüstungswahl an Kaviar. Sie wissen schon, das ist dieses glibbrige Zeug, das an Froschlaich erinnert und dem jährlich Tausende Exemplare des vom Aussterben bedrohten Störs geopfert werden. Als dem ARSCHLOCH Steiner kein Kaviar gebracht wurde, schiöß der Herr Berater (der Genosse Berater!) den Steward (Feldwebel der Bundeswehr) heftigst zusammen, wobei das ARSCHLOCH Steiner mehrmals ARSCHLOCH ausrief, den Feldwebel meinend. Der aber war keines, er machte die Sache publik, was zur Folge hatte, daß der Herr Genosse das Handtuch werfen mußte. Das nun bedauerte der Genosse Schröder aus seinem 8.500-DM-Anzug heraus, in dem er sich vor einiger Zeit in einem Edeljournal ablichten ließ. Und der »Fliegende Rudi« (120.000 DM pro Flug zur Gräfin) tat dasselbe. Wie spruch doch Genosse Münte auf dem Nürnberger Parteitag: »Wo soziale Ungerechtigkeit herrscht, kann man auf die SPD zählen.«

Frischauf, zählen wir mal nach!

Dr. STEFFEN PELTSCH

## Presseerklärung des Vorsitzenden des Amtsausschusses des Amtes Oderberg

Oderberg (bbp). Nach Redaktionsschluß erreichte uns eine umfangreiche Presseerklärung des Oderberger Amtsausschussvorsitzenden Klaus Marschner. »In den vergangenen Wochen und Monaten«, heißt es da, »sind im Oberbarnim-Echo der MOZ wiederholt sowohl nicht zutreffende, einseitige oder rein spekulative Darstellungen zu aktuellen Entwicklungen im Amt Oderberg veröffentlicht worden«. Klaus Marschner geht es darum, über die Faktenlage zu informieren und weitere Spekulationen vorzubeugen.

Voraussichtlich zum 01.01.2002 werden die Zusammenschlüsse der Gemeinden Lunow und Stolzenhagen sowie Parstein und Lüdersdorf rechtswirksam. Das Amt Oderberg besteht dann aus 5 amtsangehörigen Gemeinden, hat ca. 6.300 Einwohner und jede Gemeinde besitzt mehr als 500 Einwohner. »Mit dieser Struktur entspricht das Amt Oderberg voll und

ganz den Leitlinien der Landesregierung. Der Amtsausschuß als Vertretung der amtsangehörigen Gemeinden bekennt sich zum Erhalt des Amtes Oderberg in diesen Strukturen. Weitere Gemeindegemeinschaften sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geplant, insbesondere auch nicht die Fusion zu einer amtsfreien Einheitsgemeinde Oderberg.«

Der Amtsausschuß habe in der Vergangenheit zwei seiner gewählten Amtsdirektoren vorzeitig abberufen. Dr. Schulenburg wurden 1995 »schwerwiegende Fehler mit weitreichenden finanziellen Folgen vorgeworfen«. Der im April 1998 »nach dringlicher Empfehlung des Landkreises durch den damaligen Amtsausschuß äußerst knapp zum Amtsdirektor gewählte C. Trill mußte leider im November 2001 nach nur dreieinhalbjähriger Amtszeit wieder abberufen werden«. Vorangegangen war ein Disziplinarverfahren wegen Trunkenheit am Steuer

## 150 Schüler stimmen über EU-Beitritt Tschechiens ab!

Berlin (bbp). »Beim Prager Frühling 1968 und beim Flüchtlings-Drama in der Deutschen Botschaft 1989 wurde die spätere Tschechische Republik zum Schauplatz der eindrucksvollsten Proteste gegen die Macht der Sowjetunion in Mittel- und Osteuropa. Das war der Anfang vom Ende der Teilung Europas.« Der Beitritt Tschechiens und anderer mitteleuropäischer Staaten zur EU sei nun der letzte Schritt zur endgültigen Überwindung der Teilung, heißt es in einer Mitteilung der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg e.V. (JEB). Das Land im Herzen Europas, mit dem die BRD seine längste Grenze teilt, hat mit seinem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum und dem stabilen politischen System hervorragende Argumente für die Integration in den gemeinsamen europäischen Markt geliefert. Trotzdem stehen nach Meinung der JEB noch viele Verhandlungsrunden bevor, in denen die Politik die Bedingungen für den EU-Beitritt Tschechiens im Detail auszuhandeln hat.

Die Erweiterung der EU sei nicht nur für Politiker eine der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, sondern auch für die EU-Bevölkerung und insbesondere für die Jugend, die diese Aufgabe zu vollenden habe. Daher veranstaltet der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin in Zusammenarbeit mit der JEB am 17. Dezember die »Simulation Europäisches Parlament 2001« (SIMEP 2001). An dem Simulationsspiel übernehmen 150 Schüler aus Berlin und Brandenburg für einen Tag die Rolle von Europa-Abgeordneten und debattieren in ihren Fraktionen über die Pros und Contras, die Chancen und Risiken des EU-Beitritts der Tschechischen Republik. Am Abend werden die Schüler zu einem Empfang mit Europa-Politikern eingeladen.

des Dienstwagens im Frühjahr 2001 und das »Verbot zur Führung der Dienstgeschäfte wegen wiederholter Verletzung der Wahrheitspflicht gegenüber dem Amtsausschuß«. Im Zusammenhang damit wurde Anzeige gegen Trill erstattet. Vorgeworfen wird ihm die bewußte Verheimlichung der finanziellen Entwicklung des Amtes. Gemeindevertreter erhielten »Beschlussvorlagen, deren langfristige Folgen die finanzielle Leistungskraft ihrer Gemeinden bei weitem übersteigen. Als Vertreter des Amtes in Rechtsfragen hat er Verträge mit weitreichenden negativen finanziellen Auswirkungen für einzelne Gemeinden und damit letztlich für das gesamte Amt abgeschlossen.« Das Fehlverhalten Trills habe großen politischen Schaden für das Amt und die Gemeinden hervorgebracht. Mit der Abberufung habe der Amtsausschuß die einzig mögliche Entscheidung getroffen, um diesen Schaden zu begrenzen.

# Mehr Demokratie in Brandenburg

Seit Einreichung unserer beiden Volksinitiativen »Für faire Abstimmungsrechte in Brandenburg« und »Für Volksentscheide ins Grundgesetz« ist einige Zeit vergangen. In der heißen Schlußphase sind am Ende noch je 29.000 Unterschriften zusammengekommen. Der Landtag hat anschließend ein Vierteljahr gebraucht, um über das Anliegen nach mehr Bürgerbeteiligung abzustimmen. Im Ergebnis überlegen wir jetzt, für beide Initiativen das Volksbegehren zu beantragen! »Mehr Demokratie in Brandenburg« benötigt dafür viel Unterstützung.

## Volksinitiativen im Landtag beraten

Nach Übergabe der Unterschriften haben sich die Gegner der Direkten Demokratie sogleich formiert. Aus dem Innenministerium kam ein Vorstoß, die Initiative »Für faire Abstimmungsrechte in Brandenburg« für unzulässig zu erklären. Nach einer Expertenanhörung wurden aber beide Volksinitiativen für zulässig erklärt. Die Vertreter bekamen daraufhin im Hauptausschuß des Landtages eine Stunde lang Gelegenheit zur Erläuterung.

## SPD und CDU lehnen ab

Der Landtag hat am 22. November beide Volksinitiativen abgestimmt. Die Opposition war dafür, SPD und CDU haben bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung abgelehnt. In einer Pressemitteilung drückte Mehr Demokratie e.V. seine Enttäuschung darüber aus, daß insbesondere die SPD-Abgeordneten nicht einmal ein teilweises Entgegenkommen beschossen. Und das, obwohl der SPD-Landes-

vorsitzende Matthias Platzeck offizieller Unterstützung beider Volksinitiativen ist und die SPD im Bundestag bald einen Gesetzentwurf über bundesweite Volksentscheide einbringt.

## Planung für Volksbegehren läuft auf Hochtouren

Die Reaktion des Landtages kann uns nicht zufrieden stellen! Wir wollen deshalb ein Volksbegehren durchführen. Dabei sei betont, daß die Landesregierung bis Ende Dezember immer noch Verfassungsklage erheben kann. Wer die Machtkonstellation zu Gunsten der Bürger verändern will, muß mit zähem Widerstand rechnen! Wir müssen deshalb angesichts der leider schlechten Rechtsprechung in den anderen Bundesländern und hier (Kita-Volksinitiative) abwägen, ob wir dieses Risiko eingehen. Darüber hinaus sind Geld- und Sachmittel für ein Volksbegehren zu beschaffen. Die Planungen dazu sind abgeschlossen. Der endgültige Beschluß hierüber fällt am 5. Dezember.

## Schon drei erfolgreiche Volksbegehren!

Mehr Demokratie e.V. hat in Bayern, Hamburg und Thüringen bislang dreimal Volksbegehren zur Stärkung der Direkten Demokratie durchgeführt – und alle erfolgreich! Wir wissen wie es geht und wir haben die Leute dafür. Was jetzt fehlt, sind die Mittel!

JENS KUHLEMANN,  
Landessprecher Mehr Demokratie e.V.

# Tuchen-Barnimer Gespräche Wieviel Demokratie wird gebraucht?

**Tuchen (mm).** Unter dem Motto »Tuchen-Barnimer-Gespräche« wird einmal monatlich unter Leitung von Diplom-Supervisor Lothar Peter Schmidt in der Tuchener Kirche diskutiert. Teilnehmer sind u.a. Herbert Wagner (Bürgermeister der Gemeinde Breydin, deren Ortsteil Tuchen ist), Josef Keil (Direktor der Sparkasse Barnim), Edgar Dusdal (Pfarrer in Beiersdorf) um am symbolischen Runden Tisch Antworten auf Fragen zu suchen, die über den politischen Alltag hinausgehen.

Die aktuelle Frage lautete: »Wieviel Demokratie braucht ein Land?« Im Mittelpunkt stand dabei die Gemeindegebietsreform, bei der viele Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, daß ihre Meinung nicht wirklich gefragt ist. Die Auffassungen reichten von: »Demokratie spielt lediglich bei Wahlen eine Rolle und dann entscheiden die Gewählten für das Volk« bis zu Positionen, »daß das ständige Wirken plebiszitärer Elemente unverzichtbar in einer Demokratie ist«, wie anhand der Kita-Initiative erläutert wurde.

Interessant ist, daß die Diskutanten versuchten, sich den aufgeworfenen Problemen und deren Beantwortung philosophisch, soziologisch, politisch, ethisch und moralisch zu nähern. Wem Alltagspolitik nicht weit genug geht, wer Interesse an kurzweiligen Diskussionen und am Mitreden hat, ist herzlich willkommen in der Fachwerkkirche Tuchen.

Die Termine, meist mittwochs, erfahren Sie in der Lokalpresse.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO oder 17,60 DM)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO oder 5,87 DM)  
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO oder 1175 DM)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO oder 23,47 DM – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 12 DM pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_

2. Unterschrift Abonnent/in

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## Impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.  
**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
**telefon:** (0 33 34) 35 65 42  
**telefax:** (0 89) 24 43 65 885  
**außenstelle:** F.-Ebert-Str. 12, 16225 Ebw.  
 fon (0 33 34) 38 17 55, fax (0 33 34) 38 17 54  
**e-mail:** bbp@telta.de  
**redaktion:** Gerd Markmann  
**layout:** Rafalski Graphics  
**druckerei:** PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00  
**redaktionsschluß:** 1. Dezember 2001

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 21. September 1995. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO (17,60 DM), ermäßigt 3 EURO (5,87 DM), Förder-Abonnement 12 EURO (23,47 DM).

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5.1.2002, 12 Uhr.